

**CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENINO-ALTO ADIGE
REGIONALRAT TRENINO-TIROLER ETSCHLAND**

III. LEGISLATURA

III. LEGISLATURPERIODE

SEDUTA 97^a - 97. SITZUNG

14-4-1959

INDICE

INHALTSANGABE

Disegno di legge n. 78:

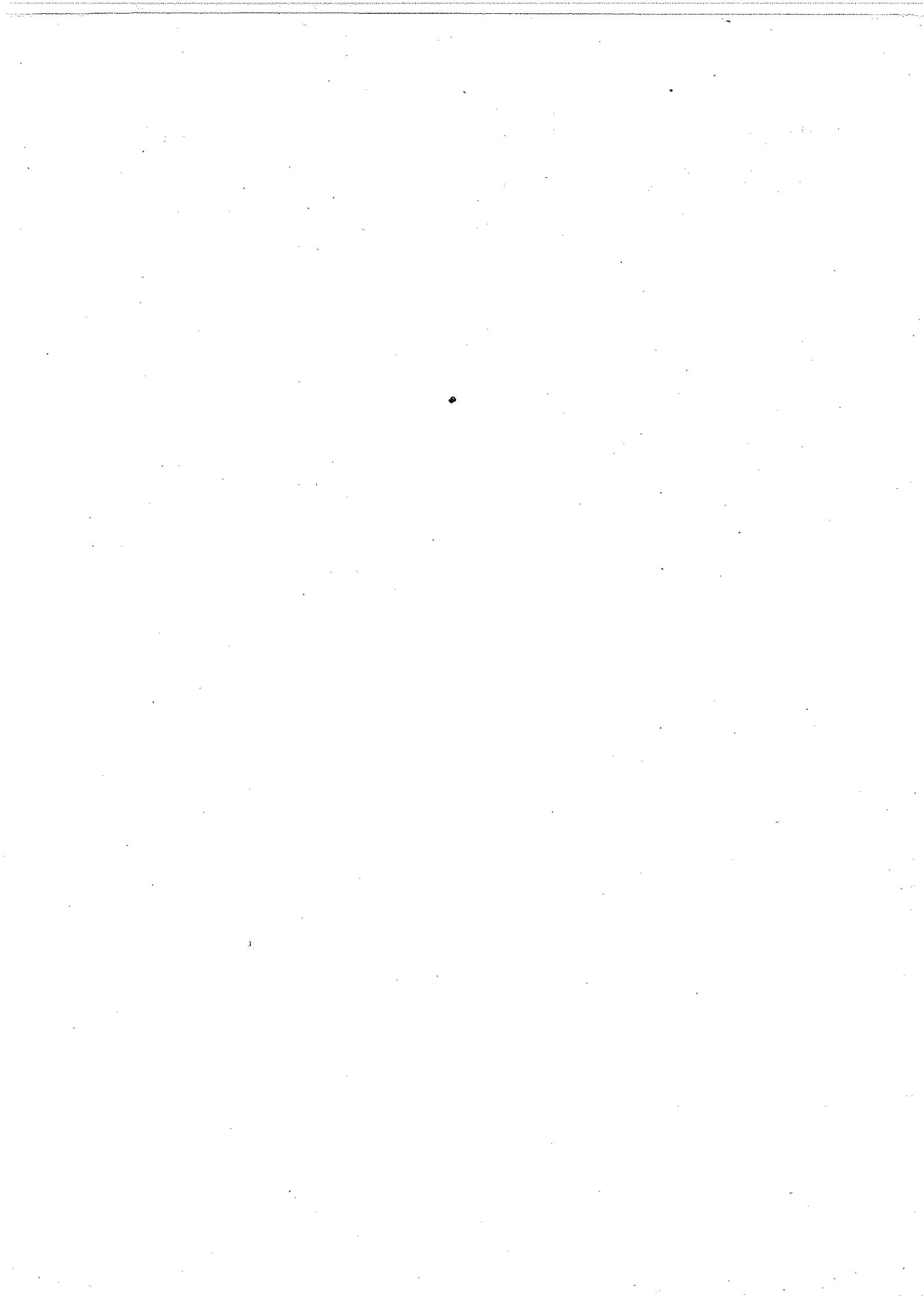
« Stati di previsione dell'entrata e della spesa della Regione Trentino - Alto Adige per l'esercizio finanziario 1959 ».

pag. 3

Gesetzentwurf Nr. 78:

« Voranschläge der Einnahmen und Ausgaben der Region Trentino-Tiroler Etschland für das Finanzjahr 1959 ».

Seite 3



Presidente : dott. Silvius Magnago

Vicepresidente : dott. Remo Albertini

Ore 10.15.

PRESIDENTE : La seduta è aperta. Appello nominale.

PLAIKNER (Segretario questore - S. V.P.): (*fa l'appello nominale*).

PRESIDENTE : Lettura del processo verbale della seduta del 10.4.1959.

PLAIKNER (Segretario questore - S. V.P.): (*legge il processo verbale*).

PRESIDENTE : Osservazioni al verbale? Il verbale è approvato. La parola al cons. Plaikner per la continuazione del suo intervento.

PLAIKNER (Segretario questore - S. V.P.): Im folgenden soll die Frage untersucht werden, welches die erfolgreichsten Mittel sind, um unseren Bauern lebens- und konkurrenzfähig zu erhalten. Als beruhigend und rettungbringend betrachtet man mit einer gewissen Berechtigung die Tatsache, daß die meisten unserer Bergbauern neben der Landwirtschaft über einen mehr oder weniger umfangreichen Waldbesitz verfügen oder vielfach im Rahmen einer Interessenschaft oder Nachbarschaft Holzbezugsrechte haben. Leider muß man aber auch feststellen, daß die Eingriffe in den Wald oft einen zu starken Umfang angenommen haben, und zwar aus dem Grunde, weil aus der Landwirtschaft unzureichende Erträge erzielt werden. Bei einer Wirtschaftsführung, in

der Wald fortlaufend die fehlenden Einnahmen aus der Landwirtschaft decken muß, wird über kurz oder lang der Waldbestand erschöpft werden und somit aufhören, Rückgrat des Betriebes zu sein, der unter solchen Umständen schwerlich existenzfähig bleiben wird. Der Wald soll unter normalen Verhältnissen die Sparkasse des Bauern sein, der immer die Möglichkeit haben soll, in besonderen Fällen von Notlage darauf zurückzugreifen. Nur bei entsprechendem Umfang oder bei entsprechender Bestockung des Waldes, die eine alljährliche sichere Nutzung gestattet, ist er als laufende Einnahmsquelle zu werten und heranzuziehen. Sorgfältige Pflege und schonende Nutzung werden dazu beitragen, unseren Bauernwald als Grundpfeiler zur Stützung unserer bergbäuerlichen Betriebe erhalten zu können.

Der Bergbauer benötigt aber auch in besonderem Maße materielle Hilfe von öffentlicher Hand. Der Einsatz von öffentlichen Geldmitteln zur Stützung unseres Bergbauern-tums ist unzulänglich und muß gesteigert werden. Die Umstellung der Betriebe und die damit verbundene Produktionssteigerung auf pflanzenbaulichem, besonders auf futterwirtschaftlichem und viehwirtschaftlichem Sektor, bedingt in vielen Fällen hohe Anlagekosten, die durch Errichtung von Bewässerungs-, Entwässerungs- und Dülleanlagen, durch bauliche Vergrößerung der Wirtschaftsgebäude, Stallumbauten oder -neubauten, Errichtung von Seilbahnen, Silobauten und nicht zuletzt durch den Ankauf von landwirtschaftlichen Maschinen entstehen. Der Bauer kann unmöglich die dazu erforderlichen Geldmittel selbst aufbringen und ist gezwungen, um Beiträge aus öffentlicher

Hand anzusuchen. Ich bin der Ansicht — und viele Bauern bestätigen es selbst —, daß den Bauern durch großzügige und rasch ausgehändigte Kredite mehr geholfen wird als durch Subventionen, die meist sehr mager ausfallen und auf die er oft mehrere Jahre warten muß. Kredite werden immer dann empfehlenswert sein, wenn der Kreditnehmer ein größeres Bauvorhaben durchführen will und dadurch auch ohne weiteres in die Lage versetzt wird, die abzuzahlenden Raten, Zins plus Amortisation, alljährlich aufzubringen. Die Subventionen sollten meines Erachtens in erster Linie auf Kleinbetriebe, die sich in ausgesprochenen Steillagen befinden und auf besonders bedürftige Antragsteller beschränkt werden. Nicht geeignet ist aber unseren Bergbauern, wenn man es so macht wie die « Spata ». Die « Spata » ist bekanntlich eine landwirtschaftliche Zeitschrift, die in Trient herausgegeben wird. Im Gadertal bin ich daraufgekommen, daß sie sich als Propagandainstrument für die DC entpuppt hat und die Bauern anleitet, um Subventionen anzusuchen auf Grund von Gesetzen, die entweder nicht mehr in Kraft sind oder für die keine Geldmittel mehr zur Verfügung stehen. Noch schlimmer aber ist, daß die vorgeschriebene Beitragsleistung für die Versicherung bei Holzschlängerung nicht notwendig und daher überflüssig sei. Die Nichterfüllung dieser Vorschrift hat zur Folge, daß die Bauern dann zu empfindlichen Geldstrafen verurteilt werden. Ich glaube, daß in diesen Fällen die « Spata » nicht nur der DC, sondern ganz besonders den Gadertaler Bauern ein schlechten Dienst erweist. Ich kann auch auf Verlangen Ortschaften und Namen angeben, wo das passiert ist.

Neben der Einzelfinanzierung der Bergbauern muß unbedingt ein Sonderprogramm zur Finanzierung von Bonifizierungsarbeiten in der Bergzone, die der Allgemeinheit zugutekommen, aufgestellt werden. Die vordringlichste und wichtigste Maßnahme ist die völlige Erschließung der vom Absatzmarkt abgelegenen Gebiete durch Straßen und Seil-

bahnen. Straßen und Seilbahnen sind für die Zukunft der Lebensnerv unseres Bergbauern, ohne den er zum Sterben verurteilt ist; Wildbachverbauung, Flußregulierung und Entsumpfung vieler vernäster Talböden, sowie Errichtung von Beregnungsanlagen sind weitere unumgängliche Maßnahmen zur Besitzfestigung unserer Berghöfe. Ein Teil der Hochtäler Südtirols ist bereits zum Bonifizierungsgebiet erklärt worden und in Bälde soll mit den schon erwähnten Meliorationsarbeiten begonnen werden. Aber auch alle übrigen existenzgefährdeten Bergzonengebiete müssen in dieses Sonderprogramm einbezogen werden.

Es ist in diesem Zusammenhang vielleicht ganz interessant zu erwähnen, daß Nordtirol jährlich 50 Millionen Lire im Rahmen eines Sonderprogramms unter dem Titel « Besitzbefestigung » zur Existenzsicherung und wirtschaftlichen Besserstellung bergbäuerlicher Betriebe auswirft, die ausnahmslos in extremen Lagen und auf der Siedlungsgrenze liegen. Ein solches Sonderprogramm wäre auch für uns nachahmenswert. Weiterhin möchte ich hier noch erwähnen, daß den entschiedensten Beitrag zur Erhaltung des Bergbauerntums der österreichische Staat durch die Erlassung des sogenannten Kinderbeihilfegesetzes für Bergbauern geleistet hat. In gleicher Weise müßte auch von unserer Seite beim italienischen Staat die Erlassung eines gleichlautenden Gesetzes angeregt werden. Von besonderer agrarpolitischer Bedeutung und betriebswirtschaftlicher Notwendigkeit wäre die Durchführung der Flurbereinigung in den besonders besitzersplitterten Berg- und Tallagen. Ohne vorhergehende Flurbereinigung ist in solchen Gebieten eine Mechanisierung und Intensivierung der Betriebe nicht durchführbar und der Betriebserfolg bleibt somit — wie man so schön sagt —, weiterhin an den Rädern hängen. Ich möchte ein praktisches Kommassierungsbeispiel bringen, um den enormen wirtschaftlichen Aufschwung nach Durchführung der Flurbereinigung aufzuzeigen. Es handelt sich

um die Gemeinde Vomp bei Schwaz in Nordtirol. Ich bringe deshalb dieses Beispiel von Vomp, weil ich selber einigemal mit Nordtiroler Fachkollegen dieses Gebiet vor, während und nach der Zusammenlegung besichtigen konnte. Die Operation wurde 1951 eingeleitet. Die Größe des Zusammenlegungsgebietes betrug 590 Hektar, 157 Grundbesitzer waren davon betroffen. 45 davon hatten einen Grundbesitz unter einem Hektar, 42 von 1-2 Hektar, 40 von 2-5 Hektar, 26 von 5-10 Hektar, nur 4 von 10-20 Hektar. Es handelt sich also hier um ein Gebiet, wo die kleinbäuerlichen Betriebe ausgesprochen vorherrschen: bei rund 80 % der Grundbesitzer lag die Besitzgröße unter 5 Hektar. Nun ist es vielleicht interessant, die Verhältnisse zu betrachten, wie sie vor und nach der Zusammenlegung waren. Vor der Zusammenlegung waren es 796 Besitzkomplexe, nach der Zusammenlegung 278 Besitzkomplexe; vor der Zusammenlegung 1600 Grundparzellen, nach der Zusammenlegung 330 Grundparzellen. Größe einer Parzelle vor der Zusammenlegung 30 Ar, nach der Zusammenlegung 1,5 Hektar. Vor der Zusammenlegung entfielen auf einen Besitzer durchschnittlich 11 Parzellen, nach der Zusammenlegung 2-3 Parzellen. Ein Einzelfall: der sogenannte Stoffbauer hatte vor der Zusammenlegung 27 Parzellen, nach der Zusammenlegung noch 3 Parzellen. Die Grenzfurchen betragen vor der Zusammenlegung 272 Kilometer, nach der Zusammenlegung 85 Kilometer. Traktorenzahl vor der Zusammenlegung 28, nach der Zusammenlegung 45; Geländegewinn 10 Hektar. Es wurden 17 Kilometer Wirtschaftswege neu ausgebaut. Bei der Übergabe waren von 157 Grundbesitzern 26 unzufrieden, ein Großteil davon konnte jedoch durch kleinere Maßnahmen befriedigt werden. Bei den Bauern werden diese Flurbereinigungsarbeiten auch auf ziemlich weiten Flächen durchgeführt und es hat sich herausgestellt, daß dann nur 5 % Unzufriedene zu verzeichnen sind. Ein weiteres Förderungsprogramm für unsere Landwirtschaft wäre also die Grund-

zusammenlegung.

Das bäuerliche Problem ist aber auch ein soziales Problem. Wenn man die Betriebsgrößen unserer landwirtschaftlichen Betriebe in Betracht zieht, so kann man feststellen, daß 25 % eine landwirtschaftliche Nutzfläche von 0,25 bis 1 Hektar aufweisen. Davon entfallen auf die Bergzonen ungefähr 50 %. Weitere 21 % der landwirtschaftlichen Betriebe haben eine landwirtschaftliche Nutzfläche von 1-3 Hektar. Auch von diesen Betriebsgrößen entfällt ungefähr die Hälfte auf das Berggebiet. Die Verhältnisse in der Provinz Trient kenne ich nicht genau, mir ist aber bekannt, daß der überwiegende Prozentsatz der landwirtschaftlichen Betriebe aus ausgesprochenen Kleinbetrieben besteht. Wir haben also ca. 15 % bergbäuerliche Betriebe, das sind vielleicht, um eine Zahl zu nennen, 3000, die infolge ihrer Betriebsgröße von 0,25 bis 1 Hektar auf Nebenerwerb angewiesen sind. Weitere 5 % bergbäuerlicher Betriebe sind für Nebenerwerbsbetriebe wohl schon zu groß, für selbstständige Bauernhöfe aber zu klein. Die Lebensfähigkeit solcher Betriebe hängt nicht nur vom Umfang der landwirtschaftlichen Nutzfläche, sondern vor allem auch von der Lage, vom Klima und vor allem von der Intensitätsstufe ab, mit der gewirtschaftet wird. Im Zuge eines Aufstockungsverfahrens könnte man vielleicht manchen heute nicht lebensfähigen Betrieb noch lebensfähig gestalten. Viele unserer Kleinbauern haben bis heute mehr schlecht als recht ihr Leben gefristet. Durch Tagelöhnerarbeit im Sommer konnten sie das zum Leben Notwendigste dazuverdienen. Im Winter entfällt aber diese Einnahmequelle. Ihrer Genügsamkeit und Anspruchlosigkeit ist es zuzuschreiben, daß sie heute noch auf ihren Höfen sitzen. Wenn wir aber für die Zukunft diese vielen kleinbäuerlichen Familien erhalten wollen, müssen zusätzliche Arbeitsquellen gefunden werden. So bietet der Fremdenverkehr, dem in vielen Teilen unseres Landes, besonders in den Berg- und Hochtälern, eine zunehmende wirtschaftliche Bedeutung

zukommt, auch so manchem Kleinbauern zusätzliche Arbeits- und Einnahmsmöglichkeiten. Diese Arbeits- und Einnahmsmöglichkeiten können — mit unserem Zutun — sogar mit Sicherheit vorausgesehen und im Wege der Zunahme der Fremdenindustrie noch gesteigert werden. Durch die Intensivierung des Fremdenverkehrs allein aber werden wir nicht imstande sein, unserem Bergbauern im weitesten Sinne die Nebenerwerbsarbeit zu gehen, die er zum Leben braucht.

Der Herr Präsident des Regionalaussschusses Odorizzi hat in seinen Erklärungen am Anfang der Bilanzdebatte eine umfangreiche und großzügige Kredithilfe seitens der Region zur Förderung der Industrialisierung angekündigt. Leider sind wir durch die Erfahrung der letzten 10 Jahre vielleicht etwas mißtrauisch geworden. Vor allem mißtrauisch diesen Erklärungen gegenüber, weil wir wissen, unter welchen Bedingungen sie abgegeben wurden. Ansonsten könnten wir eine solche Intervention seitens der Region sehr begrüßen. Gerade durch Erstellung von Klein- und Mittelindustrien draußen auf dem Lande, in unseren Hochtälern, hätten wir diese zusätzlichen Arbeits- und Einnahmsquellen zur Lebenserhaltung und Existenzsicherung unserer bergbäuerlichen Kleinbesitzer geschaffen. Wir sind nicht gegen eine Industrieförderung, wie RR. Raffaelli anlässlich der Bilanzdebatte in der Finanzkommission behauptet hat. Odorizzi hat sich damals zu dieser Behauptung geäußert, daß er glaube, daß wir nicht aus wirtschaftlichen, sondern aus politischen Gründen dagegen seien.

Ich bin überzeugt, daß Herr Präsident Odorizzi genau weiß, warum wir aus politischen Gründen dagegen sind. Wir werden aber nicht mehr aus politischen Gründen dagegen sein, sobald wir in der Industrieförderung nicht mehr ein Instrument zur Förderung der Zuwanderung erblicken müssen, und das würde der Fall sein, wenn man in Zukunft eine weitestgehende Dezentralisierung der Industrialisierung anstreben würde. Die neuen Industrieanlagen, die mit den zu-

sätzlichen Geldmitteln im Rahmen dieses Sonderprogramms errichtet werden sollen, müssen auf das Land hinaus verlegt werden, um damit vielen tausend Südtiroler Kleinbauern, aber auch weichenden Söhnen unserer kinderreichen Bauernfamilien — denen bis heute der Zugang zur Stadt versperrt geblieben ist und die dadurch gezwungen waren und noch weiterhin gezwungen sind, im Ausland eine Existenz zu suchen — die Möglichkeit zu bieten, in der eigenen Heimat Brot und Arbeit zu finden.

70 % unserer Gesamtbevölkerung ist in der Landwirtschaft tätig: eine Erscheinung, die man als einmalig in ganz Europa bezeichnen kann. Von der italienischen Volksgruppe leben ca. 5 % von der Landwirtschaft; der übrige Teil findet sein Auskommen in anderen Berufen: 45 % leben von Gewerbe, Handel und Industrie, der Rest ist in freien Berufen oder im öffentlichen Dienst tätig. In diesen Zahlen spiegelt sich am deutlichsten die Zuwanderung und die daraus entstandene schwere soziale Benachteiligung unserer Volksgruppe wieder. Unser starker Bevölkerungszuwachs auf dem Lande wird nicht durch den natürlichen Sog in die Stadt ausgeglichen. Die Folge davon ist, daß die Landwirtschaft den Bevölkerungsüberschuß nicht mehr ernähren kann. Die Arbeitsmöglichkeit in anderen Berufen ist den Südtirolern versperrt und so sind sie gezwungen, entweder auszuwandern oder einen Großteil des Jahres arbeitslos zu sein. Wenn die zum Großteil verdeckte Arbeitslosigkeit unserer bäuerlichen Bevölkerung registriert würde, würden die von Prof. Corsini zitierten statistischen Zahlen über die Arbeitslosen in der Provinz Bozen und in der Provinz Trient eine ganz wesentliche Verschiebung erfahren.

Die von Minister Togni gemachte Ankündigung über die Auswertung von weiteren 2 Milliarden Lire für die Erstellung von Volkswohnungen in der Provinz Bozen ist für uns kein erfreuliches Zeichen, sondern vielmehr ein Alarmzeichen. Erst sobald die italienische Regierung auf dem Gebiete des Volkswohn-

baues und der Industrieförderung beweisen wird, daß sie damit auch unserer Volksgruppe Wohnung und Arbeit zur sozialen Besserstellung gibt, werden wir zu ihr auch wieder Vertrauen haben können.

Ich möchte zum Schluß meiner Ausführungen kommen. Manch aufgeschlossener Wirtschaftsführer ist der Ansicht, daß die Dezimierung des Bergbauernstandes die Voraussetzung sei, damit dem verbleibenden Teil ein besseres Leben beschieden sein könne. So manchr Flachlandbauer, der vielleicht ein paar flüchtige Tage in unserem Berggebiet verbringt, lächelt über die Bergbauernwirtschaft und ist der Meinung, daß die Bauern auf Hängen und Höhen unweigerlich der Ent-siedlung unterliegen und in der Masse der nichtbäuerlichen Welt aufgehen werden.

Ich bin anderer Auffassung. Unser Bergbauerntum bildet einen wesentlichen Bestandteil unserer Volksgruppe und seine Erhaltung und Existenzsicherung wird eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben unserer verantwortlichen Vertreter sein. Aber letzten Endes läßt seine ernährungswirtschaftliche Mission an seine Zukunft glauben.

Täglich werden 200.000 Menschen geboren und sterben 135.000, sodaß der Tageszuwachs der Menschheit zurzeit etwa 65.000 Köpfe beträgt. Damit wird täglich eine kleinere Stadt zusätzlich geboren. Vor 300 Jahren gab es eine halbe Milliarde Menschen auf der Erde. Heute dagegen sind es schon 2 1/2 Milliarden. In 100 Jahren werden es 5 Milliarden sein. Mancher Sorglose sagt, es würde sich schon ein Weg finden. Nur ein Narr kann glauben, daß sich das von selbst einrenkt. Ich bin überzeugt, daß auch unsere Verbraucherschaft noch umlernen und das wieder mehr achten wird, was auf unserem Heimatboden wächst. Jeder Hektar Grund im europäischen Raum wird in Zukunft für die Ernährungssicherung der Völker dringend gebraucht werden. Damit erhält aber auch unser Bergbauer eine große Zukunftsmision und er darf keinen Quadratmeter Boden preisgeben.

PRESIDENTE: Se nessun altro chiede la parola è posto ai voti il cap. 51: maggioranza favorevole, 2 astenuti.

Cap. 52: È posto ai voti il cap. 52: maggioranza favorevole, 2 astenuti.

Cap. 53: È posto ai voti il cap. 53: maggioranza favorevole, 3 astenuti.

Cap. 54: È posto ai voti il cap. 54: unanimità.

Cap. 55: Per memoria.

Cap. 56: È posto ai voti il cap. 56: maggioranza favorevole, 1 contrario, 5 astenuti.

Cap. 57: « Spese, contributi e sussidi per intensificare la lotta contro i parassiti animali e vegetali delle piante e difesa contro le avversità meteorologiche (brina, grandine e gelo) » - lire 24.000.000.

PARIS (P.S.D.I.): Chiedo la parola su questo capitolo per alcune considerazioni di carattere generale, perchè il problema del Consiglio non è più il bilancio ma qualche cosa d'altro.

Come sostenni in commissione anche più volte durante la discussione sul bilancio degli esercizi passati non era che il gruppo al quale appartengo fosse contrario ai contributi all'agricoltura ma al modo in cui gli stanziamenti venivano adoperati, sostenendo che si doveva attuare delle iniziative di carattere generale per elevare il reddito dei singoli operatori nel campo dell'agricoltura e di metterli cioè in grado, con un maggior reddito aziendale, di pensare alle piccole opere di bonifica fondiaria, all'acquisto macchine, a tutte queste operazioni che sono di bilancio normale di un'azienda bene amministrata che prevede e sappia dosare il proprio reddito, quanto cioè di questo va speso nei consumi e quanto va reinvestito nell'azienda, e come deve essere reinvestito, con che gradualità devono essere affrontati i bisogni aziendali. Il soggiorno in Sardegna mi ha confortato in queste mie opinioni, perchè là si vedono realmente delle grandi opere, a cui sovra-

intendono tre enti: la Regione, la Cassa per il Mezzogiorno e l'Ente per la trasformazione fondiaria dell'agricoltura sarda. Ho dato un'occhiata a un bilancio, una scorsa molto frettolosa, ma mi sono fatto inviare alcuni bilanci ed ho visto anche là un diversa impostazione dalla nostra. Bisogna pur pensare che quanto diceva adesso il collega Plaikner è giusto, che l'agricoltura va intesa e va sostenuta, ma bisogna vedere fino a che punto è conveniente, economico, si fa cioè l'interesse delle popolazioni agricole anche di media montagna e di alta montagna nel sostenerle. Oltre ad un certo limite, credo che sarà doveroso per noi pensare a creare dei posti di lavoro per affrontare quello che sarà un processo ineluttabile nel cammino della nostra economia in particolare, e di quella dell'Europa in generale. Quando sento che si vuole installare delle industrie in alta montagna, divento pessimista. Bisogna creare delle zone industriali dove ci siano tutte le infrastrutture, la preparazione della mano di opera, quell'assistenza, non dico finanziaria, ma creata dall'ambiente industriale, da consigli tecnici, banche, tutto il complesso di aziende sussidiarie e marginali perchè l'industria possa vivere. Pensare alle aziende di alta montagna, a meno che non ci sia sul posto la materia prima da lavorare e che sia la materia prima preminente nella lavorazione, è un mandare queste eventuali aziende ad un rapido e completo fallimento. Del resto, egregi signori, mi sono tirato fuori i dati dalle riviste specializzate e vedo che il reddito pro capite aumenta quando aumenta il reddito dell'industria nella percentuale si abbassa quello dell'agricoltura. Nel 1952 la media del reddito pro capite nazionale, era di lire 163.829. Trento aveva un media, la Provincia di Trento, di 170.590, quindi leggermente superiore; Bolzano 209.582. Come veniva formato questo reddito? Bolzano l'agricoltura dava il 30,4%, l'industria il 52,4%; la pubblica amministrazione l'11,7 %, gli altri il 5,5 %. Nel 1957 Bolzano ha avuto un reddito pro capite di 316.590, è salito anche il reddito nazionale medio che è passato da

163.829 a 229.862, e Trento da 170 è passato a 253. Ma vediamo che c'è una diversa aliquota nelle varie voci che compongono questa percentuale, perchè l'agricoltura che a Bolzano dava una percentuale del 30,4% nel 1957 è passata a 23,8%, l'industria dal 52,4% è passata al 60,2%, quasi intatte le altre. A Trento che come reddito dell'agricoltura era inferiore alla Provincia di Bolzano, nel 1957 è passata a 23,9%, il reddito industriale, che era del 56% rispetto al 52% di Bolzano nel 1952, è passato al 60,6%, cioè solo a mezzo punto di distanza da quello di Bolzano. Ora qui mi pare, egregi signori, che queste cifre dovrebbero farci riflettere, che cioè sta bene, è necessario aiutare l'agricoltura con criteri diversi, ma che c'è questa tendenza ad una maggiore produttività di reddito nel campo industriale che non nel campo agricolo. Sono del parere tuttavia che questi redditi vanno un po' interpretati, perchè bisogna tenere conto, ed è giusto tenere conto, dei miliardi che la Regione ha dato all'agricoltura, perchè se non ci fossero stati quelli queste percentuali sarebbero indubbiamente più basse. In dieci anni siamo sui 20 miliardi. Ho visto delle tabelle, ma non sono esatte. Mentre finora dobbiamo dire che nel campo dell'industria, ad eccezione del miliardo al Medio credito e la legge sulle agevolazioni creditizie alle piccole e medie industrie, gli interventi della Regione sono stati ben poca cosa, pur ammettendo anche i 600 milioni per la Finanziaria, perchè se gli interventi fossero stati pari, la percentuale sarebbe notevolmente superiore. Penso che un riesame generale per il prossimo anno o per la prossima legislatura sia necessario. Ma per potere intervenire efficacemente bisogna conoscere il fenomeno vastissimo e preoccupante dell'agricoltura.

Il Consiglio ha votato un ordine del giorno per un'indagine sull'agricoltura; so che la Giunta aveva deliberato di iniziare per lo meno, non so, aveva nominato a chi doveva essere data da fare, ma sono passati due anni e non si è visto niente. Ora, in un settore dove la Regione impiega miliardi, dove è in-

teressata un'altissima percentuale della popolazione della Regione, con i progressi della agricoltura di altri Paesi che entreranno in concorrenza con i costi dei nostri prodotti, non possiamo permetterci il lusso di perdere ancora degli anni e se vogliamo intervenire efficacemente al di sopra e al di fuori delle ideologie ma comunque sempre con una finalità economica, credo che la prima cosa di cui dobbiamo preoccuparci è di conoscere questo fenomeno. Il progresso e i tempi camminano. Io vedo, e lei lo stesso, camions e rimorchi di mele non consumate che vanno a destinazione. Abbiamo la strada delle Dolomiti, mi pare che si stia attuando la strada del vino nella provincia di Bolzano e nella provincia di Trento si sta discutendo, ma da Verona a Bolzano c'è la strada delle mele che sono disseminate. Ma penso che la Regione debba pur pensare quanti milioni di perdita c'è quest'anno per i frutticoltori... Io ho avuto la fortuna di fare, quando andavo in Sardegna, il viaggio da Bologna a Roma con un esperto in materia di industria della distillazione. Vorrei sapere quante decine di milioni si sono perdute per non aver collocato, e non dico che la Regione non si sia preoccupata, però questo collocamento non c'è stato, a 20-30-35 lire il chilo e adesso prendono 6 lire il chilo.

Sono ormai 5-6 mesi che sono raccolte dagli alberi. E perchè? Perchè altre regioni, perchè altri paesi stanno studiando quali sono gli impianti più produttivi. Bisogna che la Regione, non solo conosca il proprio settore agricolo, ma che spinga il proprio esame oltre i propri confini e anche oltre i confini nazionali. Cioè c'è la necessità che quel famoso ufficio studi di cui tante volte ho parlato e che, secondo me, aveva i compiti che ha svolto e compiti diversi, non venga soppresso, signor Presidente! Deve essere una specie di centrale che produce i dati che devono presiedere alle nostre discussioni e deliberazioni. Quindi, non soppressione di quell'ufficio, ma potenziamento anche con l'acquisizione di qualche luminare del ramo, e se non è pos-

sibile farlo risiedere permanente nell'ufficio della Giunta, che ci siano le consulenze. Perchè consulenze ne pagate tante, forse qualche milione al mese nel campo giuridico, assistenziale, ecc. ma nel campo economico non c'è un consulente! E non può essere una consulenza saltuaria perchè bisogna seguire tutto l'andamento economico.

Ecco quindi la necessità che non si dia da studiare un particolare aspetto o un particolare momento, ma che invece ci sia una continuità di studio e di elaborazione di dati, che deve essere alla base della nostra discussione e dei nostri successivi studi. Solo così potremo sperare di fare finalmente un qualche cosa che sia serio, perchè cose serie sono state fatte, ma molte anche non sono state cose serie, cioè non si è avuto la preoccupazione di vedere e fare uno studio preliminare, di mettersi davanti un fine e una previsione da seguire, vedere se questo fine veniva raggiunto. Creda, Signor Presidente, che io vorrei su questo argomento conoscere quali sono i divisamenti della Giunta, perchè per me è importantissimo che questo problema venga discusso e venga affrontato, che ci sia una deliberazione, per lo meno una pronuncia, sentire cioè qual'è l'opinione della maggioranza del Consiglio Regionale. Penso che deve essere proprio la Regione, che ha questa funzione, se vuole mettersi su di una strada, non solo di serietà nell'intervenire, ma quello che è più importante di efficacia nell'intervenire tanto nel settore dell'agricoltura come in tutti gli altri che sono oggetto di attività della Regione.

RAFFAELLI (P.S.I.): Ritengo, anche se l'intervento del collega Paris è stato molto chiaro, che non sia inutile ribadire un po' il concetto fondamentale da lui espresso, anche perchè sembra che ce ne sia effettivo bisogno. L'anno scorso in sede di discussione generale del bilancio, riprendendo un'idea che era stata più volte espressa, dandole corpo e veste formale, traducendola in un ordine del giorno, noi chiedemmo e il Consiglio

Regionale approvò all'unanimità, che la Giunta promuovesse quegli studi che in materia di agricoltura fino ad ora non ci sono stati. Che fine abbia fatto quell'ordine del giorno non è dato di sapere; si può solo supporre ragionevolmente che abbia fatto la fine di altri ordini del giorno, cioè si sia perso per la strada, in quanto non risulta, a meno che non ci venga comunicato ora e di questo faccio anche io la richiesta, non risulta che se ne sia fatto qualche cosa. È poi strano constatare la persistente posizione o negativa, o quanto meno agnostica della Giunta in questo settore. Tutti hanno dato atto, senza difficoltà, in tutti i settori del Consiglio e penso nei corrispondenti settori della pubblica opinione, che sul problema dell'industria è stato fatto uno sforzo lodevole. Nell'industria, se sono esatte le ricapitolazioni fatte in questi giorni da un quotidiano locale, ed è facile per noi controllare se vogliamo, gli interventi diretti da parte del bilancio della Regione sono stati riassunti in 800 milioni, vanno aggiunte le spese di interventi diretti come quelli fatti attraverso il Medio credito e il F.I.R.; comunque siamo sempre in limiti molto modesti di intervento. Eppure nel settore industriale si è promosso uno studio che ha tutte le caratteristiche di uno studio scientifico e serio, e si è detto « prima di intervenire studiamo a fondo la situazione », come modernamente è indispensabile fare quando l'ente pubblico non vuole limitare la sua azione ad un'azione empirica, ma vuole effettivamente che la sua azione diventi razionale e possibilmente determinante. Prima si sono fatti gli studi ed ora si annunciano, per lo meno si annunciano, gli interventi. Li abbiamo sentiti dal discorso programmatico del Presidente della Giunta. Saranno sufficienti o non saranno sufficienti, saranno adeguati o meno alla situazione? Non importa, non è di questo che voglio discutere, il fatto è che la procedura è stata quella che risponde, mi pare, ad un corretto procedere: studio della situazione e intervento conseguente. In agricoltura non si è fatto niente di tutto questo. Ci possono essere giustificazioni varie, il set-

tore dell'agricoltura era più noto, era di più evidente configurazione e fisionomia, era più facile, le categorie contadine sono diversamente organizzate, possono esprimere anche con maggiore celerità le loro esigenze. Può darsi, come può darsi che si sia tenuta in considerazione quella larghissima parte della popolazione che è addetta all'agricoltura, anche per ragioni di carattere politico. Quindi si può anche giustificare, fino ad un certo punto, che l'intervento dell'ente pubblico abbia preceduto gli studi; non certo noi sosterranno mai che prima si deve studiare a lungo l'ammalato, lasciandolo crepare, e poi quando si è studiato bene bene la malattia e l'ammalato è morto, si decida di intervenire, no! Però le due cose, studio scientifico teorico ed intervento pratico dovrebbero trovare una conciliazione. E a distanza di 11 anni dall'inizio di questi interventi che sono stati massicci effettivamente, in rapporto agli altri interventi nei settori non agricoli, a 10 o 11 anni di distanza mi pare che è più che giustificato, chiedere e pretendere che si faccia almeno *a posteriori* un'indagine che sarà impostata diversamente da come è stata impostata nell'industria, e noi avevamo chiarito questo. A dieci anni di distanza dall'inizio di questi interventi, messi nell'agricoltura 20, 22 o 24 miliardi, attraverso le leggi ed attraverso provvedimenti amministrativi per i settori non coperti da leggi, possiamo sapere, attraverso un'indagine, quale incremento e quale accelerazione nell'incremento del reddito si sono potuti registrare? quali di questi interventi hanno avuto, come reazione, un miglioramento del settore specifico zootecnico, frutticolo, vinicolo, sementi, e cose di questo genere e quali no? quali reazioni sono state positive in misura adeguata rispetto all'entità dell'intervento e quali reazioni viceversa sono state insufficienti o addirittura non ci sono state? Questi i quesiti che rozzamente, da orecchianti, noi ponevamo chiedendo e votando, tutto il Consiglio, perchè si organizzasse questa indagine. Per quanto ne so qualche cosa si deve essere mosso, perchè nell'estate scorsa alla Giunta

è stato sottoposto uno schema di lavoro per un'indagine nel settore dell'agricoltura. Che la Giunta vi abbia dato corso o meno, è una cosa che noi abbiamo ignorato fino ad ora, ed ignoro. Si è parlato di una riduzione dello organico di quell'ufficio studi, modesto tuttavia, che aveva la Regione, non si è sentito parlare di un incremento di questo ufficio o della creazione di un gruppo che dovesse provvedere a questo studio, il cui schema era stato sottoposto all'attenzione della Giunta Regionale. Vorremmo sapere, almeno io gradirei sapere a che punto stanno le cose: avere una conferma se lo schema di cui parlo, del quale ho una copia che ho semplicemente dimenticato a casa, ma la ho, è stato preso in esame dalla Giunta e con quali risultati, con quali ulteriori decisioni. Perchè mi sembra veramente non più consentito o giustificato nè giustificabile che si proceda ancora empiricamente, tanto più che non si tratta di un settore marginale dell'economia della Regione, non si tratta di un intervento marginale da parte del bilancio, ma bensì del contrario: settore fondamentale dell'economia della Regione, l'agricoltura; intervento fondamentale da parte dell'ente Regione, che toglie dal suo bilancio una percentuale molto alta per questi interventi in agricoltura. Farli a caso, fidandosi delle iniziative dei vari interessati che possono essere singoli o associazioni agrarie o enti dell'agricoltura, mi pare non giusto. È vero che i più competenti sono loro, è anche vero che l'ente pubblico deve controllare la rispondenza delle richieste alle reali esigenze e la rispondenza degli interventi a reali incrementi del reddito dell'agricoltura. Per questo mi pare che il Consiglio è in diritto di avere dalla Giunta una informazione, anche perchè, come ho ricordato, questo desiderio era stato espresso con un ordine del giorno che ricordo aver ottenuto l'unanimità dei voti.

ODORIZZI (Presidente G. R. - D.C.): Per rispondere ai cons. Paris e Raffaelli sulla questione che loro pongono relativa all'ufficio studi, dirò subito che mi ha fatto tanto

piacere che per la prima volta, seppure occasionalmente, si è parlato, e si è parlato con apprezzamento positivo, dell'iniziativa di studio, di analisi del fenomeno economico nel settore industriale. Mi fa piacere che se ne sia parlato con apprezzamento positivo, perchè ciò corrisponde anche al mio pensiero. Non corrisponde al pensiero di tutti: le valutazioni che ho raccolto a proposito di quell'iniziativa sono contrastanti: c'è chi la giudica eccessivamente ponderosa, c'è chi la giudica astratta e teorica, c'è chi la giudica insufficiente nelle attese conclusioni pratiche. Io sono invece dell'opinione che, pur dovendo ammettere che in un lavoro svolto da un gruppo così numeroso di collaboratori, ci siano delle inevitabili sfasature e disuguaglianze soprattutto perchè talune pubblicazioni sono molto più analitiche ed altre meno e taluni autori si sono proposti un metodo di indagine ed altri un altro metodo, pur dovendo ammettere ciò, sono convinto che il lavoro rimarrà stabilmente come un contributo insostituibile per gli operatori economici, per gli studiosi, una fonte ricchissima di dati, di notizie e di informazioni, quindi un lavoro indubbiamente utile. Per quanto riguarda la conclusione di quel lavoro io mi sono dato la briga di prendere delle annotazioni scritte, di dettaglio, e mi riservo di intrattenere il Consiglio su ciò. Lo ho fatto con soddisfazione perchè, quando voi prendete lo ultimo volume, il fascicolo « conclusione » voi vedete in quel fascicolo che praticamente l'80% o il 90% di quello che viene proposto come oggetto di un'azione futura, praticamente è già in atto. Si tratterà di proporzioni più o meno ampie, ma come metodo e come concezione, anche attraverso questa indagine, è risultato vero quanto ho avuto occasione altra volta di affermare, cioè una mia convinzione che viene dal contatto quotidiano con la pratica. Ed è questo: che anche un grado relativo di empirismo è sufficiente per orientare l'azione, come un'indagine analitica, che sposta le valutazioni solo di poco, normalmente. Ci sono poi le eccezio-

ni, in cui questo non avviene, in cui invece l'analisi analitica può portare a conclusioni diverse. Di quell'indagine, qualcuno ha detto: ma, nelle conclusioni finali non attingiamo indirizzi concreti. Io dico di sì, ci sono gli indirizzi concreti, ma naturalmente in forma generica, ancora. Non appaia contraddittoria l'espressione. Si dice per esempio: « tendere al settore manifatturiero », ed è esatto. Questo è concreto, ma rimane generico, non poteva il gruppo dei collaboratori spingersi fino a dire: bisogna arrivare alla singola azienda A o B nelle industrie manifatturiere, collocata qui o là, con queste o quelle dimensioni. Chi si attendeva una cosa di questo genere era fuori della realtà; indicazioni spinte fino a questo grado nessuno le poteva dare; del resto basta una minima esperienza delle conversazioni che si possono fare con operatori economici per sapere che ogni singola azienda è un singolo problema. Come ogni singolo individuo è un singolo mondo personale, così è di ogni singola azienda. Solo l'iniziatore, colui che è dotato di una mentalità imprenditoriale, colui che ha l'intuizione dell'iniziativa è in grado di portarla realmente alle valutazioni di dettaglio che sono necessarie. Comunque, ripeto, forse questo discorso per quanto riguarda il settore industriale andrà ripreso. Ho pronta già una serie di annotazioni che mi sono tratte dalle pubblicazioni ed in modo particolare della parte conclusiva, e vedrete che quelle indicazioni in sostanza danno a tutti noi un certo conforto per l'azione che è stata fatta e per i metodi che sono stati impostati. Per l'agricoltura è avvenuto questo. Il Consiglio Regionale ha votato all'unanimità quell'ordine del giorno, la Giunta all'inizio dell'anno 1958 ha dato incarico all'ufficio studi di approntare il relativo provvedimento, l'ufficio studi pensò di far capo allo stesso professore Toschi che aveva diretto l'indagine relativa all'industria, e un bel giorno ci sottopose il testo di delibera da prendere per dare il via a questa iniziativa. In Giunta discutemmo a lungo e decidemmo di sospendere ogni decisione. Infatti, la discussione portò a questa

convincione, che viene particolarmente da coloro che si occupano di quel settore. I dati e le indicazioni di cui si proponeva l'accertamento, in gran parte sono già a disposizione; in gran parte il fenomeno economico dell'agricoltura, nei suoi vari settori, è già conosciuto a sufficienza da parte di chi deve operare, e non solo su esperienze locali, ma anche per quanto riguarda la conoscenza degli analoghi fenomeni in campo nazionale ed internazionale in senso generale. D'altronde il problema che, invece, ci attirò è di vedere quale sarà l'evoluzione che il settore agricolo potrà subire nel mercato comune. Allora che cosa facciamo? organizziamo la sezione di studio per il mercato comune? Le Camere di Commercio sono tenute per compito di istituto a fare annualmente le loro rilevazioni, che furono anche pubblicate e distribuite (quest'anno sono in ritardo tutte le Camere di Commercio). Diamo dunque l'incarico alle Camere di Commercio e rinunciamo alla attività, per questo settore, dell'Ufficio studi? Siamo rimasti indecisi e non abbiamo concluso nulla nel desiderio — qualche volta, quando si cerca l'ottimo non si fa il bene — di cercare possibilmente l'impostazione ottima. Ma guardate che è vero quanto lei, Raffaelli, intuisce. Per il settore agricolo lo stato di conoscenza dei fenomeni economici da parte dei nostri tecnici, vuoi di quelli responsabili del settore nell'assessorato come tale, vuoi dei direttori ed ispettori agrari, dei capi ripartimento forestali — il grado di conoscenza del fenomeno economico in agricoltura è veramente notevole.

Ci fu un altro Consigliere il quale trovò insufficiente la relazione che accompagna questo bilancio per il settore agricoltura in quanto carente di dati, voleva sapere ad esempio quello che chiede lei, Raffaelli, come ha operato la legge tale, la legge 11, che cosa ha voluto dire la creazione dei 68-69 caseifici nuovi, dei 39 rifatti, quale incidenza hanno avuto sulla rivalutazione del latte e delle materie prime e così via. Voleva avere altri dati, ed io ho ritenuto più che legittima que-

sta richiesta ed ho passato la richiesta all'Assessorato il quale è stato immediatamente, nel volgere di non molti giorni, in grado di dare tutti gli elementi che si ritenevano utili ai fini della conoscenza di questo settore. Qui sul mio tavolo ad esempio ho alcuni dati che io stesso ho voluto richiedere nella attesa della discussione del bilancio dell'agricoltura, che devo affrontare, dato che l'Assessore in questo momento è assente, ho alcuni dati che ho creduto necessario procurare. Per esempio, orientamento e previsioni sullo sviluppo dell'economia agricola in relazione al mercato comune. Con riferimento agli studi che furono fatti in sede nazionale, in seguito ai contatti avuti con il Ministero dell'agricoltura e foreste e a studi fatti distinguendo l'economia a base prettamente zootecnica dall'economia ortofrutticola e viticola non pare che il Mercato Comune ci porterà gravi difficoltà: la qualità dei nostri prodotti ne sarà la migliore difesa entro il Mercato Comune.

Abbiamo realmente, attraverso l'opera dell'Ispettorato agrario e del ripartimento forestale, una ricca messe di informazioni, notizie che si possono considerare, in un giudizio complessivo, abbastanza soddisfacenti. Allora si deve lo stesso insistere nella proposta di impostazione di ulteriori ricerche in questo settore? Io penso che soprattutto con riguardo al problema del mercato comune la risposta deve essere positiva; molto più in là del punto in cui i nostri tecnici sono arrivati, non si arriverà, tuttavia potrà essere di soddisfazione avere fatto anche in questo settore un ulteriore lavoro di indagine di studio e rilevazione. L'ufficio studi non è soppresso, abbiamo solo pensato di riordinarlo e forse di trasferirlo alla Presidenza, perchè dovendo occuparsi un giorno di industria, un giorno di agricoltura, domani di altri settori economici ecc., diventa uno strumento a disposizione di tutti gli Assessorati. In conclusione devo dire che un certo ritardo è nato da quanto ho raccontato fedelmente; ci siamo fermati per indecisione, ma ora vedremo

di riprendere in Giunta il tema per giungere alle conclusioni più idonee.

Quindi non posso me lo sono già segnato.

PRESIDENTE: Pongo ai voti il cap. 57: maggioranza favorevole, 5 astenuti.

Cap. 58: « Spese, contributi e sussidi per aumentare e tutelare il patrimonio zootecnico e di bassa corte e per l'incremento della apicoltura » - Lire 92.000.000.

VINANTE (Segretario questore - P.S.I.): Il bilancio dell'agricoltura, signori Consiglieri, è senz'altro il bilancio più consistente, il bilancio più cospicuo e forse la comunicazione delle cifre di intervento in questo settore ha fatto una certa impressione. Dobbiamo però riconoscere che questo bilancio rappresenta il settore che abbraccia le attività della maggioranza della popolazione. È un settore dove molto sovente cercano rifugio coloro che in altre attività non riescono assolutamente a collocarsi. Le zone di fondovalle che hanno e sono destinate ad una specializzazione, ad una razionale coltura, se favorite dal tempo, dagli elementi atmosferici hanno un reddito abbastanza tranquillo, ciò che non è viceversa per le zone di montagna dove le possibilità di coltura sono limitatissime e le spese di produzione sono ingenti, noi assistiamo ad un persistente abbandono della terra e delle aziende di allevamento, soprattutto da parte della gioventù che cerca ansiosamente in altri campi e in altri settori uno sfogo e una soluzione a problemi difficili. Quindi dobbiamo preoccuparci, signor Presidente e signori Consiglieri, di dare il nostro maggior apporto e interessamento per incoraggiare, per sostenere queste categorie di lavoratori e di agricoltori, soprattutto di alta montagna, perchè rimangano fedeli alla terra. Incoraggiarli nel senso di far superare questo periodo difficile, di scarso reddito, che speriamo possa essere transitorio, fino ad arrivare ad una normalizzazione del reddito nel settore dell'agricoltura. L'esame del bilancio che è

stato fatto quest'anno in commissione, è stato più penetrante, per mio convincimento personale. Vorrei dire, ha avvicinato di più i vari problemi e argomenti. Gli Assessori, sollecitati da noi di voler esporre le situazioni e il programma del loro Assessorato, hanno aderito con maggiore comprensione a porci di fronte e vicino a degli argomenti e noi ci siamo fatti forse una convinzione che qualche cosa è cambiato. Io personalmente ho avuto la sensazione che l'Assessore considerava il nostro interessamento il nostro apporto più valido di quanto non sia stato nel passato. Nessuno però ha nascosto le difficoltà che esistono, anche situazioni gravi e penose non soltanto dovute alla Regione del Trentino - Alto Adige, ma alla situazione economica della Nazione tutta, e si è esaminata e considerata anche la situazione economica in riflesso al M.E.C. e non tutti la condividevano nella stessa maniera, non c'è uniformità di convinzione. Anzi abbiamo riscontrato nell'Assessorato dell'agricoltura una certa tranquillità nei confronti del M.E.C., ciò che non condivideva l'Assessorato industria, commercio e turismo. E quindi anche qui abbiamo potuto apprendere delle notizie che per il passato non era possibile avere e conoscere. La situazione è stata riconosciuta da tutti gli Assessori come una situazione difficile e seria. Poteva essere superata questa situazione? poteva essere risolta in senso del tutto positivo? È difficile poterlo dire. Noi, almeno io personalmente penso che la bacchetta magica non sia in mano di nessuno e nessuno possa risolvere i problemi con estrema facilità; però io ho la convinzione che con una diversa politica da parte della Giunta e della Regione si sarebbe potuto migliorare la situazione e soprattutto con una maggiore sensibilità di intervento e attenzione nei settori produttivi e soprattutto con una visione organica dei problemi.

Precedentemente sia Paris che Raffaelli hanno toccato un argomento di notevole importanza e il signor Presidente ha dato su questo argomento delle risposte che parzial-

mente possono soddisfarci, nel senso che lui ha assunto l'importanza della necessità di una rilevazione delle situazioni economiche, non solo limitate al settore industriale, per quanto questo sia forse il settore che merita maggiore attenzione, ma in tutti i settori, settore dell'agricoltura e settore del turismo.

Una rilevazione fatta attraverso uffici studi, tecnicamente preparati, signor Presidente. Sono dei tecnici di valore che possono veramente dare delle indicazioni il più precise possibile alla realtà. Non improvvisazione di persone e non attribuzione di compiti a delle persone che, per quanto possano essere intelligenti, non hanno la preparazione nel settore e non potranno mai riuscire a dare un lavoro concreto e tangibile. Negli anni passati noi abbiamo analizzato e segnalato molte cause e molte ragioni di una situazione pesante che si prospettava; cioè i gruppi di minoranza hanno cercato di dare il loro contributo segnalando delle eventuali possibilità di soluzione, presentando delle proposte anche concrete, contrariamente a quanto è sempre stato affermato da responsabili del governo della maggioranza e contrariamente a quanto ha affermato il capo gruppo della D.C. nel suo intervento di un anno fa, quando ha detto che le minoranze hanno sempre effettuato e portato critiche sterili. No, signor Presidente, signor capogruppo, non possiamo accettare questa affermazione, perchè è contraria alla realtà! Perchè se noi esaminiamo e noi leggiamo un po' i verbali dei dieci anni che sono passati è un'attribuzione ingiusta che ci viene fatta, in tanto in quanto attraverso la lettura dei verbali possiamo tranquillamente affermare che le minoranze hanno sempre dato un apporto positivo, almeno nella loro volontà e nel loro desiderio acchè l'autonomia abbia questa affermazione che ognuno di noi ci si aspettava. Purtroppo scarsamente sono state accettate le nostre proposte, raramente sono state considerate valide le nostre proposte, e credo che sia superfluo spiegare le ragioni di questa posizione. È ingiusto attribuire a noi, se questo fosse

nell'intenzione della maggioranza, di considerarci degli antiautononomisti, perchè noi abbiamo sempre dimostrato e riconosciuto che l'autonomia, se realizzata nell'indirizzo delle finalità e dei principi per i quali è stata costituita ed è stata richiesta, noi abbiamo sempre riconosciuto che l'autonomia ha indubbiamente dato un apporto positivo alla soluzione dei problemi della nostra Regione. È necessario quindi che anche per il futuro soprattutto si consideri questo nostro apporto con un senso di maggiore obiettività, perchè del resto basta osservare che tutte le nostre obiezioni ed i nostri suggerimenti portati ai provvedimenti di legge, non tenuti in considerazione, hanno costituito una base di rinvio dei provvedimenti di legge da parte del Governo. Questo per lo meno penso che possa dimostrare la nostra buona volontà ed il nostro desiderio di dare un contributo alla risoluzione dei problemi. È necessario però cambiare un po' la politica, è necessario tenere in considerazione l'opportunità di effettuare degli interventi e indirizzare la politica nelle direzioni non solo che sono e costituiscono la convinzione della maggioranza, ma in quelle suggerite da questi banchi. Dall'instauramento del regime autonomistico noi attendiamo forse qualche cosa di nuovo, qualche cosa di rivoluzionario. Non vogliamo dire che se questo non è avvenuto sia da attribuirsi solo alla errata impostazione dell'attività regionale, no. Ci sarà stato, ci sono state notevoli difficoltà che non era facile superare, ma il risultato dei nostri interventi, i risultati soprattutto dei finanziamenti non hanno dato quel riconoscimento proporzionale all'entità dei nostri interventi ed alla legislazione che è stata impostata da parte del Consiglio Regionale. Non siamo riusciti, signor Presidente, a lievitare i settori economici che consentano un risveglio della economia delle zone. Credo che non possiamo dimostrare con assoluta tranquillità di aver dato un apporto ed un contributo alla elevazione del tenore di vita delle popolazioni in senso generale. Perciò bisogna fare una programmazione dei bisogni anche nei con-

fronti del Mercato comune, una rilevazione attraverso non solo dei provvedimenti di natura economica ma anche dei provvedimenti di natura legislativa, realizzando dei provvedimenti in direzione dell'economia e soprattutto dei settori più vitalizzabili. Diversamente, se non riusciremo a superare le difficoltà, viste con occhio più vicino alle necessità ed ai bisogni della nostra gente, al carattere della nostra gente, se non riusciremo a superarlo con maggiore facilità, noi dobbiamo dichiarare di non avere raggiunto le finalità e possiamo considerarci sconfitti.

Non mi soffermo per raccomandare più oltre la necessità dell'individuazione e della analisi delle varie possibilità economiche. Vorrei però raccomandare che questa analisi non sia fatta solo in senso generale, ma sia fatta per zone, in modo da avere un quadro il più chiaro possibile delle varie possibilità che si presentano di fronte ai problemi da risolvere in rapporto alle condizioni di vita delle varie zone della Regione Trentino - Alto Adige che non sono uguali per tutti, perchè ogni zona presenta delle caratteristiche particolari, ogni valle ha le sue necessità, le sue esigenze, e quindi un'analisi ed un esame delle situazioni vanno fatti in senso generale sì, però anche delimitato alle varie situazioni economiche delle zone che compongono la Regione Trentino - Alto Adige. Penso che questo si renda necessario perchè, come giustamente diceva prima Paris, la costruzione di un'industria pensate nella Val di Fassa è una cosa semplicemente assurda, che costituirebbe indubbiamente un provvedimento di assoluto fallimento, mentre in quella zona determinata si verificherebbe la possibilità di incremento di allevamento zootecnico e di industria turistica, ed è in quella direzione che eventualmente in quelle determinate zone ben definite e delimitate, va indirizzata l'attenzione della Regione. Come penso che il fondovalle non sia destinato a far intensificare l'industria turistica e si presterà maggiormente per la frutticoltura e la viticoltura, e altre zone saranno più adatte per l'in-

dustria. Non dimentichiamo però che in tutte le zone esiste una possibilità, limitata magari all'ambiente o alla materia prima, di un potenziamento industriale, perchè non possiamo dimenticare che l'industria è quella che porta maggiore ossigeno e veramente una elevazione del tenore di vita della popolazione. Quindi bisogna cercare di individuare le possibilità e le premesse per un potenziamento economico a seconda delle possibilità della zona, senza ignorare però che in ogni zona del Trentino e dell'Alto Adige esistono le premesse per mantenere in vita, per potenziare la piccola industria, almeno l'artigianato. Obiettivo finale dovrebbe essere, almeno secondo il mio convincimento, per l'esistenza e la funzionalità dell'autonomia regionale, quello di raggiungere una possibile eguaglianza di reddito. È indubbiamente un obiettivo interessante e importante e non facile, ma fino ad oggi in questi dieci anni non si è manifestato positivo in tanto in quanto vediamo che ci sono delle zone che fioriscono discretamente bene anche perchè hanno delle condizioni economiche particolari, una maggiore fertilità del terreno, delle possibilità di sfruttamento industriale, ma dobbiamo contemperare queste ricchezze con interventi da parte della Regione nelle varie altre zone della Regione. Perchè diversamente lo obiettivo non si potrà assolutamente raggiungere. Dobbiamo riconoscere ed è stata del resto riconosciuta da tutti, l'esistenza di una crisi generale, ma particolarmente oggi si manifesta una crisi della montagna. Noi oggi sentiamo nelle zone montane, non solo l'acuirsi maggiore della sottoccupazione, ma l'acuirsi maggiore della disoccupazione; zone povere che non hanno possibilità di sviluppo o ricchezza, o premesse per un potenziamento economico, limitate soltanto a quella scarsa agricoltura e a quel povero turismo. Povero nel senso che non ha mai avuto da parte della Regione una considerazione valida, è sempre stato trascurato e questo dovrebbe servire a richiamare l'attenzione della Giunta a usare maggiore considerazione

per arrivare all'obiettivo di creare una possibile eguaglianza del reddito.

La crisi che oggi si manifesta nelle zone di montagna è dovuta un po' alla crisi di carattere generale, ma è dovuta soprattutto alla mancanza in determinate zone di lavori idroelettrici, i quali hanno ad un certo momento dato un apporto di occupazione di mano d'opera, che oggi non c'è più; il che purtroppo crea delle situazioni di disagio. Si manifesta una crisi nell'edilizia dove non vediamo delle costruzioni, in quanto il reddito edilizio non corrisponde ad un investimento nemmeno modesto. Quindi non rimane, come ho detto prima, che un po' di agricoltura ed un po' di turismo. L'agricoltura delle zone di montagna come lei sa, Presidente e forse sarebbe inutile dirlo, ma credo opportuno ripetere, è veramente avara. Non abbiamo in sostanza che la coltivazione della patata e la zootecnia. Una situazione comune a tutte le zone di montagna è la eccessiva frazionalità del terreno. Ben poco o niente ha fatto la Regione per la commassazione. Ho sentito prima il cons. Plaikner, che è un tecnico della materia, accennare ai tentativi fatti con esito positivo in certe zone per la commassazione, per cercare di creare quella minima unità colturale, che oggi assolutamente non esiste. Noi abbiamo una frazionalità del terreno che logicamente comporta un onere eccessivo di lavoro e scarsità di reddito. Questo è dovuto soprattutto alle difficoltà di accesso ai poderi, alle scarse strade di campagna, alle distanze delle singole proprietà che richiedono un tempo notevole per raggiungere il fondo dello stesso proprietario. Anche la meccanizzazione, Presidente, non è troppo economica, perchè non si presta la meccanizzazione nelle zone di montagna ad essere portata con quell'intensità che effettivamente possono consentire le zone di pianura. Ecco le ragioni quindi della scarsità di reddito, ecco quindi le ragioni dell'abbandono da parte dei contadini della terra. La economia agricola montana non potrà sostenere la concorrenza di agricolture che non

hanno il problema della montagna. Perché il Mercato comune non provochi una nuova ondata di spopolamento della montagna, non aggravi il fenomeno dello spopolamento della montagna, dove hanno riscontro maggiormente e immediatamente i gravi disagi — e questo è un fenomeno che si ripercuote sull'intera nazione — è necessario impegnarsi a una considerazione, a degli interventi più massicci a favore di queste zone che evitino l'aggravarsi del fenomeno urbanistico, evitino un appesantimento di queste unità lavorative in altri settori che non trovano una soluzione. Soprattutto, Presidente, una cosa devo invocare, come ho fatto in altre occasioni, cioè una maggiore giustizia distributiva. Questa è una necessità che purtroppo non esiste, e che cercherò di dimostrare. Ho cercato di fare uno studio, un lavoro, per avere elementi più positivi e più obiettivi per poter stabilire effettivamente che non si ha un orientamento chiaro e preciso, perché mi rifiuto di credere che ci possano essere delle prevenzioni contro determinate zone. Non è avvenuto, signor Presidente, perché, strano caso, noi vediamo maggiori interventi proprio nei confronti di quelle zone che hanno di per se stesse delle possibilità finanziarie notevoli. Questo lo ho rilevato dall'esame di alcuni stanziamenti, di alcuni capitoli di bilancio. Non ho potuto esaminarli come avrei desiderato, perché quando in sede di commissione ho presentato la richiesta di avere delle informazioni, non tutte mi sono state fornite, anche perché è venuta la crisi e forse l'Assessore allora richiesto non avrà più avuto la possibilità e il tempo. Successivamente devo riconoscere che, rinnovata la richiesta, si è fatto il possibile per fornirmi questi elementi, però non c'è stato il tempo indispensabile. Quindi adesso mi sono limitato soprattutto ad interventi nei provvedimenti che hanno una certa sostanza ed una certa consistenza. Per esempio la legge 19, noi abbiamo qui un intervento di 782 milioni. Di questi 782 milioni, 32 milioni, cioè il 4,80% sono stati spesi nella zona di Trento; 22 milioni, il 3%, nella zona di Rovereto;

159 milioni, cioè il 20% nella Val d'Adige; 420 milioni, cioè il 54% nella Valle di Non; 68 milioni, cioè l'8% nella Valle di Sole; 27 milioni, cioè il 3,50% nella Valsugana; 38 milioni, cioè il 5% nella Val Giudicarie; 1.700.000 cioè il 2% nella Val di Fiemme; 500 mila, cioè lo 0,65% nella Val di Cembra; 10 milioni, cioè l'1,30% nella zona del Garda. Non vedo nessun intervento nella zona di Primiero, nella Val di Ledro, nella Val di Fassa e Vallarsa. Lei giustamente potrà dire che gli interventi si devono fare dove esistono le premesse, dove esistono le possibilità, dove esistono le iniziative. Ma vorrei dire, Presidente, che parzialmente questo è giusto, perché non si potrebbe fare un intervento per l'irrigazione nei boschi o rispettivamente nelle montagne si dovrà farlo dove esiste la possibilità che questo intervento dia un reddito. Però non vorrei che questo costituisca la base per dare sempre maggiore apporto in tutti i settori, perché non è solo nel settore della legge 19 che ciò avviene, ma questo avviene in altri settori. Non si può, Presidente, limitarsi a sole iniziative singole qua e là, perché questo normalmente proviene non solo dalle idee geniali, ma queste provengono dalla possibilità di una realizzazione, di una iniziativa. Ecco perché la Regione non deve limitarsi a seguire solo le iniziative singole, ma deve interessarsi di per se stessa a intervenire in determinate zone, che sono effettivamente zone depresse, consigliando, incitando ed indirizzando verso la soluzione di determinati problemi. Perché questo cosa comporta? il mantenimento di un'estrema povertà in eterno, se non troviamo la soluzione diversa. Questo è avvenuto nella legge 19 con 782 milioni, adesso le esporrò quello che è avvenuto per la legge 11, con 1 miliardo 33 milioni. E vediamo: zona di Trento 121 milioni col 12%; nella Val d'Adige 329 milioni col 31%; Valle di Non 219 milioni con il 21%; Valle di Sole 32 milioni col 3%; Valsugana 79 milioni col 7%; Valle di Fiemme 5 milioni con lo 0,51%; Valle di Fassa 6 milioni con lo 0,52%; Val Giudicarie 16 milioni con l'1,50%; zona di Primiero 7 milio-

ni con lo 0,70% ; Valle di Cembra 16 milioni con l'1,60% ; zona del Sarca 71 milioni col 7% ; Vallarsa 4 milioni con lo 0,48% ; Rendena 15 milioni con l'1,50% ; Pinè 6 milioni con lo 0,60% ; Valle di Ledro 21 milioni col 2% ; zona del Garda 11 milioni con l'1%. Vede, signor Presidente, che press'a poco si ripete quello che è avvenuto per la legge 19!... Quindi si manifesta sempre lo stesso fenomeno. Non ho delle possibilità di relazionare e di illustrare quello che è avvenuto negli altri settori, perchè non ho elementi sufficienti a mia disposizione. Ma penso che gli interventi antigelo non saranno avvenuti di certo dove ci sono soltanto pastorizia o foreste, dovranno probabilmente essere avvenuti nelle zone frutticole, ed è giusto che questo avvenga, perchè non voglio dire che non si devono far interventi in quella direzione e in quel settore dove si manifesta la necessità, però bisogna trovare il modo di intervenire con equità e con giustizia anche in altri settori e in altre vallate, dove vi sono poveri, dove vi sono sempre stati poveri e saranno sempre poveri, se non si interviene con una valutazione più obiettiva delle possibilità finanziarie. Perchè guardate, Presidente e Assessori, che per esempio se esistono possibilità di intervenire in zone montane, queste possibilità sarebbero venute a uno sviluppo turistico, ma dovrete riconoscere che è sempre stato il settore più dimenticato assieme all'industria e al commercio; è stato l'Assessorato cenerentola. Quindi ritengo che il Presidente e gli Assessori dovranno prendere in considerazione queste osservazioni, dovranno fare un esame delle varie condizioni economiche delle varie zone, esaminare le possibilità che ci sono nelle zone e intervenire proporzionalmente perchè diversamente si commette sempre e si perpetua in certo senso l'ingiustizia.

Toccando gli interventi fatti nel settore zootecnico mi limito naturalmente a esaminare la situazione della provincia di Trento, perchè questi dati sono di maggiore valutazione da parte mia e anche perchè la provin-

cia di Bolzano ha una configurazione diversa; infatti se Plaikner ha prima sollecitato la necessità di intervenire in favore degli allevatori della zona montana della provincia di Bolzano che ha una situazione diversa perchè attraverso il maso chiuso ha indubbiamente delle possibilità maggiori, pensi quale è la situazione molto più grave degli agricoltori trentini! Esaminando il bilancio ho potuto constatare che su 44 milioni che sono posti a disposizione della zootecnia in provincia di Trento, 14 milioni vanno indirizzati per miglioramento e potenziamento diretto dell'attività zootecnica, 9.500.000 dovuti a stipendi, salari e fatture, 10 milioni per stipendi e salari delle Federazioni, e sono 20 milioni; 3 milioni a favore delle mostre e dei mercati, 2 milioni a favore del mangime. Ecco per esempio un intervento che dovrebbe avere maggiore attenzione perchè l'alimentazione del bestiame dà un apporto per il miglioramento che va dal 60 al 70%. E qui vedo 2 milioni di stanziamento soltanto. Poi abbiamo le razze bovine e suine con 500.000 lire, 3 milioni alla bassa corte e 1 milione all'apicoltura. Non voglio con questo dire che non tutto sia necessario, che le spese e i salari dei funzionari e ispettori o veterinari non siano necessari, non voglio dire questo, perchè probabilmente per l'organizzazione di questa attività saranno necessarie indubbiamente anche queste spese. Perchè vorrei dire andando a colpire il bersaglio, che solo 14 milioni vanno a favore degli agricoltori che acquistano i soggetti sia maschi che femmine per il miglioramento della razza. Non so quindi se questa proporzione sia giusta, mi limito a fare questa constatazione, ma vorrei anche dire che se effettivamente queste altre spese sono considerate estremamente necessarie, lo stanziamento non è assolutamente sufficiente, perchè con 14 milioni in tutta la Provincia non si può pensare di migliorare la zootecnia.

Signor Presidente, vorrei concludere questo intervento nel presentare una raccomandazione, cioè considerare le varie fasi

che si rendono necessarie per un miglioramento, forse con gli stessi mezzi, nel settore dell'agricoltura. Propongo, Presidente, di costituire dei fondi destinati alle zone di montagna, perchè diversamente se lei mi fa uno stanziamento generico questo trova sempre assorbimento nelle zone che sono già per se stesse in una possibilità di potenziamento della economia agricola. Quindi la mia proposta è soprattutto quella di creare possibilmente degli stanziamenti destinati alle zone di montagna, che possono essere definite a seconda delle varie leggi dello Stato, o stabilendo determinate altitudini — e questo comporterebbe anche qualche ingiustizia, perchè abbiamo delle zone depresse tipo Vallarsa che non raggiungerebbero quella determinata altezza e sarebbe ingiusta la esclusione — però vedere di considerare che gli interventi da farsi nel settore dell'agricoltura, abbiano una distinzione perchè il leone non mangi la pecora. Quindi uno stanziamento per il miglioramento dei pascoli montani. Ho visto che qui noi abbiamo uno stanziamento in questa direzione. Lei giustamente mi potrà obiettare: lei fa delle proposte di effettuare degli stanziamenti dove già ci sono. La mia proposta è concreta: stanziamento per le zone montane, cercare di comprendere questa esigenza per le ragioni che ho detto prima. Quindi potenziamento dei pascoli montani perchè questo costituisce, specificatamente per l'attività zootecnica, un settore fondamentale. Se i nostri allevatori non potranno portare in montagna il loro bestiame nel periodo estivo con la maggiore larghezza possibile, questo non potrà nel periodo invernale per la mancanza di foraggio poter continuare la sua attività con quell'intensità che è concessa attraverso il soggiorno del bestiame nei pascoli di montagna. Necessità assoluta di costruzione di stalle. Qui è una raccomandazione che sottolineo particolarmente...

PARIS (P.S.D.I.): Dieci anni che parlo di questo!...

VINANTE (Segretario questore - P.S.I.): ...perchè questo deve servire a creare ambienti igienici. Noi abbiamo, lei riconoscerà perchè anche l'Assessore Kapfinger lo ha riconosciuto, abbiamo effettivamente una diffusione di malattie, T.B.C., brucellosi, che in parte per lo meno è dovuta agli ambienti antigienici. Lo sviluppo e il potenziamento zootecnico tendono anche a creare un ambiente adatto e igienico per il bestiame. Non abbiamo una disposizione di legge che dica: per questo determinato settore c'è un determinato stanziamento, al quale si può attingere. Abbiamo avuto la legge n. 20, che naturalmente adesso non ha più da operare, qualche cosa si è fatto sulla legge per la montagna, ma poi della legge sulla montagna ne parleremo, perchè non ha funzionato in sostanza. Ora vorrei proprio raccomandare di fare uno studio ed un esame delle possibilità di creare uno stanziamento per il miglioramento degli ambienti e delle stalle, uno stanziamento specifico, Presidente. E poi un'azione a fondo nel campo sanitario, un'azione che deve essere anzitutto fatta con rilevazione delle condizioni sanitarie, perchè se ci si limita a constatare la situazione igienico-sanitaria del bestiame solo attraverso le segnalazioni dei veterinari, le posso dire, Presidente, che non ci sarà una situazione chiara, in quanto molti si rifiutano di farlo per non provocare dei danni nei confronti degli allevatori, per non creare contrasti nei confronti degli allevatori che sarebbero costretti ad abbattere il bestiame. Dopo la rilevazione fare un'azione massiccia, come è stata fatta in Provincia di Bolzano, per la creazione di zone sane che costituiscono anche zone di mercato fiorenti. Un'azione di intervento notevole nei confronti di questa attività, perchè diversamente noi costruiremmo un palazzo sulla sabbia mobile. Costruzione di latteodotti. Noi dobbiamo considerare che la lavorazione del burro e dei prodotti caseari non è economica in montagna, viene fatta con sistemi rudimentali, quindi cercare di portare a valle la produzione del latte affinché questo possa essere

lavorato più razionalmente. Naturalmente raccomando di vedere di far considerare e per lo meno di appoggiare le iniziative, se queste ci saranno, e non sarà facile, con la creazione di caseifici accentrati per lavorare razionalmente i prodotti caseari. A questo proposito vorrei proporre di istituire dei concorsi premio per lavorazione dei prodotti tipici che raccolgano il favore dei consumatori. Chissà che questo non possa costituire un incentivo nei confronti degli operatori nel settore della lavorazione dei prodotti caseari!

Legge sulla montagna. Vorrei dire che questa veramente è una situazione piuttosto dolorosa, perchè non è più funzionale. Fra il resto abbiamo visto che ci sono diminuzioni di 100 milioni rispetto all'anno scorso. Ma guardi quello che avviene in realtà, quando viene concesso il decreto per l'importazione di bestiame selezionato dall'estero; è stata presentata la richiesta nel 1956, nel 1957 è stato rilasciato il decreto, quindi a distanza di parecchi mesi. È stato acquistato il bestiame nel 1957 ed oggi che siamo nel 1959 non hanno ancora ricevuto il contributo. Non penso che si possa dire funzionalità di una legge o che si possa incoraggiare questi agricoltori ad effettuare importazione di bestiame selezionato, se poi il contributo viene riconosciuto e dato a distanza di tempo, perchè molta gente, che avrebbe forse l'intenzione di poterlo fare, non lo fa per mancanza di mezzi e per mancanza di possibilità. Un'altra cosa, Presidente, l'anno scorso avevo chiesto se la Regione era intenzionata ad intervenire nel caso di qualche iniziativa per la costruzione di stalle sociali. Mi è stato risposto in senso affermativo, che effettivamente questa iniziativa sarebbe stata tenuta nella debita considerazione; non so se attualmente si può fare ancora assegnazione su questo indirizzo, se è ancora la Giunta sempre d'accordo di appoggiare una eventuale iniziativa in questa direzione. Per ultimo vorrei chiedere: è stata prospettata la possibilità di emanare e di approvare o di presentare un progetto di

legge per la zootecnia della Regione? Progetto che non si è visto, non so se è in gestazione, se è in progetto di presentazione o se vi si è rinunciato. Quindi vorrei pregare eventualmente, se è in possesso di qualche notizia, di volermela dare.

Concludendo, dopo questa breve esposizione, vorrei ribadire ancora il concetto, signor Presidente, di tenere conto della necessità di creare una maggiore giustizia distributiva nelle possibilità finanziarie della Regione.

(Assume la Presidenza il Vicepresidente Albertini).

PRESIDENTE: La seduta è rinviata alle ore 15.

(Ore 12,35)

Ore 15

(Assume la Presidenza il Vicepresidente Albertini).

PRESIDENTE: La seduta è aperta. C'è qualcun altro che chiede la parola sul capitolo 58?

DALSASS (S.V.P.): Non si può votare!

PRESIDENTE: Possiamo votare questo capitolo o c'è qualcuno che parla?

PREVE-CECCON (M.S.I.): È vero, Assessore, lei ha ragione di dire che non ho voce, ma si vede che soffro già in vita della pena del contrappasso, perchè parlare male io volevo di questo problema che riguardava la zootecnia, per cui già da ora soffro di quella stessa voce che i soggetti, dei quali dovrei dir male, già usufruiscono. Si vede proprio che le pene dantesche per me sono una realtà; non è una realtà l'appartenenza a una razza più o meno bigia, perchè i miei capelli ormai mi hanno confinato nell'asino di S. Giuseppe, sono cioè color asino di S. Giuseppe.

Comunque chiedo scusa per la voce da campanaccio, ma volevo intrattenere l'attenzione del Consiglio su quelli che sono stati gli interventi attuati nel settore della zootecnia.

Già nelle precedenti discussioni ebbi modo di dire come meritasse un'attenzione assoluta il problema delle cooperative, come meritasse un'attenta analisi tutta la cooperazione della nostra terra, dal punto di vista economico e dal punto di vista dell'organizzazione. Questo è proprio uno dei settori dove maggiormente questa attività cooperativistica si esplica, dove maggiormente noi non esercitiamo un controllo alcuno, dove noi maggiormente affidiamo addirittura il 100% degli interventi. Facciamo una breve considerazione iniziale. Sfogliando quello che è stato il rendiconto dell'Ispettorato provinciale della Provincia di Trento trovo che per fondi impegnati in contributi a centri di fecondazione artificiale figurano in tutto 10 milioni. Ora dal riassunto generale del capitolo 64, contributo a centri di fecondazione artificiale, trovo che mancano 10 milioni, confrontando il bilancio. Evidentemente sono i dieci milioni che sono andati a favore della S.A.V. di Rovereto e da due anni vanno a favore della S.A.V. di Rovereto alla quale finanziamo al 100% la sua stazione del centro di fecondazione artificiale e che stranamente non trovano capienza in questa relazione dell'Ispettorato. Comunque, premesso questo, vediamo dove tutti i fondi impegnati e per la Provincia di Trento e per la Provincia di Bolzano vengono ripartiti. Personale per la provincia di Bolzano per la razza bruno-alpina, per visita alle stalle, controllo, per la razza grigio-alpina, per la Pinzgau, per i suini, i bovini, per la razza avelignese, centro di fecondazione artificiale di Merano, per la lotta contro le malattie del bestiame: 32.391.753; provincia di Trento, stessa ripartizione: 29.797.655. In totale il personale assorbe 62.189.408.

A queste possiamo aggiungere per il controllo del grasso, stampati, per lo stesso con-

trollo e materiale vario, per il libro genealogico 6.014.376. Spese delle Federazioni: Bolzano per la bruno-alpina, per la Pinzgau, per la grigia, per l'avelignese, centro di fecondazione di Merano, lotta contro le malattie del bestiame: 15.618.998; Trento, identica ripartizione: 20.098.607 —. Facciamo presente che in queste cifre sono conglobate due distinte spese, le spese vere e proprie per il mantenimento delle Federazioni, che assommano a Lire 8.726.122 e le spese per l'acquisto del vaccino necessario alla lotta contro le malattie del bestiame che ammontano a Lire 14.291.937. Poi trovo una strana cosa, trovo investimenti per distribuire premi ad allevatori, premi ad allevatori che portano il loro bestiame alle mostre, rassegne e fiere. Noi abbiamo distribuito lo scorso anno fra le due province 3.605.707 lire di premi; per distribuire 3 milioni di premi esattamente abbiamo speso L. 5.321.671, il che mi sembra un po' eccessivo, mi sembra che una cooperazione così intesa sia veramente da combattersi e non da favorire, il che mi sembra che qualche cosa in questo settore vada riveduto. Anche perchè la legge 29-6-1929 n. 1366 da precise disposizioni soltanto per l'assegnazione di premi agli allevatori. Sarebbe molto più logico che se questa somma nel suo totale di 8 milioni dovesse essere conservata a questo scopo, tale somma potesse arrivare, per lo meno nella sua maggior parte, direttamente agli allevatori.

Veniamo a quelli che sono stati i contributi direttamente dati agli allevatori: provincia di Bolzano per l'acquisto di capi di bestiame L. 7.464.407, contributi per il mantenimento di capi di bestiame L. 4.097.631, per l'allevamento e l'alpeggio L. 3.583.090. Per la provincia di Trento abbiamo questa ripartizione invece: per l'acquisto di bestiame L. 12.140.000, per il mantenimento di capi di bestiame, 3.610 mila; per l'alpeggio del bestiame 2.300 mila. Ragion per cui nel panorama totale delle due province vediamo acquisti per L. 19.604.407; L. 7.707.631 per il mantenimento; 5.883.090 per l'alpeggio; 1.431.500

a favore della razza avelignese, quale contributo.

In tutto abbiamo 34.626.628 direttamente assegnati agli allevatori o per acquisto o per mantenimento o per l'alpeggio. Ora vediamo invece come queste spese che nel totale ho citato, trovano la loro ripartizione interna. Passiamo al personale della Federazione e delle organizzazioni di allevatori, dei centri di fecondazione artificiale tra Trento e Bolzano 78 persone. Prima di dilungarmi ancora in questo settore voglio precisare che i dati in mio possesso non sono certo definitivi perchè in maniera diversa le due diverse relazioni di Trento e Bolzano sono state redatte; voci che per la provincia di Trento trovo, non figurano nella provincia di Bolzano e viceversa. Ragion per cui necessariamente in questo settore non sono affatto preciso. Però mi sembra che sia assolutamente utile vedere ugualmente quale peso di persone venga a gravare su questo settore. 78 persone, quindi, ho detto prima, per il personale delle Federazioni, delle organizzazioni, dei centri di fecondazione artificiale. Controllori 61 in provincia di Trento, 49 in provincia di Bolzano, totale 110 persone. Personale extra amministrazione, cioè veterinari, ne trovo 52 in provincia di Trento, non ne figurano nessuno per la provincia di Bolzano, perchè questa voce non è stata compresa nella relazione. Consiglio e direzione delle federazioni ecc.: ne trovo citati nominativamente 14 per la provincia di Trento, non ne figurano alcuno per la provincia di Bolzano. Comunque il totale generale di queste voci, totale generale personale retribuito: 162 in provincia di Trento, 92 in provincia di Bolzano, per un totale di 254 persone che vengono a gravare su questo capitolo della zootecnia.

Passiamo alle rassegne e alle mostre. Trovo in provincia di Trento n. 9 società, Unioni di allevatori premiate; trovo nella relazione della provincia di Bolzano 13 rassegne, non so quanti siano i premiati. Trovo nella Provincia di Trento che per l'organizzazione di queste mostre e rassegne sono sta-

te emesse 72 fatture con 66 ditte. Trovo che per il cavallo avelignese una sola rassegna è stata fatta in provincia di Trento. Ignoro il dato per la provincia di Bolzano. Andiamo avanti con il terzo settore cui ho accennato prima: contributi per l'acquisto di capi di bestiame. Vediamo per la provincia di Trento un contributo ai centri di fecondazione artificiale per tre capi, alla provincia di Bolzano neppure uno; alle società di allevatori della provincia di Trento 104 capi; per la provincia di Bolzano 57; totale 161 capi; alle cooperative agricole: Trento 1, a Bolzano nessuno; ai privati a Trento 157, a Bolzano 43; un totale di 200 capi. Società caseifici: nella provincia di Trento 3, in provincia di Bolzano neppure uno; Istituti agrari: provincia di Trento 10, alla provincia di Bolzano neppure uno. Totale abbiamo 277 capi in provincia di Trento, 100 in provincia di Bolzano per un totale di 377 capi. Per quello che riguarda le contribuzioni per l'acquisto ed il mantenimento e l'alpeggio ecc. fra Trento e Bolzano, omettendo quella particolareggiata ripartizione, cito solo i totali, arriviamo a 1116 capi nelle due province che hanno avuto contributi per il mantenimento e per l'alpeggio.

Questa in sintesi quella che è stata la attività della Regione su questi suoi specifici capitoli, che non sono esattamente solo quelli che adesso discutiamo, ma che investono anche i successivi capitoli in questo settore della zootecnia perchè le spese per i veterinari, ultimo capitolo che discuteremo, a questo settore si riferiscono. Questa in sintesi è stata l'attività da noi promossa. Però adesso cerchiamo di raggrupparle ancora di più queste voci, di restringere la loro etichetta e forse comprenderemo ancora meglio come questi fondi vengono assorbiti e ripartiti. Federazione allevatori: personale, spese generali di amministrazione, materiale vario, libri genealogici Lire 73.006.148; controllo grasso e siero Lire 30.315.241; contributi ad allevatori per acquisti, alpeggio, mantenimento Lire 36.809.275; rassegne e mostre Lire 8.927.378, in più abbiamo una piccolissima

somma di L. 2.242.857 che riguarda nella sua massima parte l'attrezzatura per pollai, api, allevamenti di api, per sole 600 mila lire un nuovo ambulatorio per i vaccini. Noi abbiamo un totale di spesa di L. 103.321.389, se consideriamo anche il siero acquisito a Padova per distribuire contributi nella misura di 36.809.275. Ma voglio togliere tutte le spese per la lotta contro le malattie; rimangono, di sole spese vive per gestione, stipendi ecc., L. 73.006.148, di fronte a 36 milioni che effettivamente diamo agli allevatori. Mi sembra quindi che dalle cifre che sono venute adesso esponendo, tutta una revisione o per lo meno una meditazione abbia come conseguenza questo specifico capitolo. Mi sembra che tutta l'analisi su questa politica zootecnica vada intrattenuta dall'autorità di governo. Perchè, on. Presidente, quando in sede di commissione legislativa alle finanze noi dati abbiamo chiesto, perchè quando nella stessa sede noi abbiamo chiesto spiegazioni sul come questo denaro veniva investito, ci è sempre stato detto che le necessità erano quelle che erano, che mai l'Assessorato aveva voluto intervenire presso gli allevatori di bestiame, inquantochè avevamo lasciato loro la completa autonomia, e si era ritenuto che così facendo si operasse per il bene dell'economia in questo settore della Regione. Ora mi pare che una legge qui necessiti, mi pare che l'attenzione legislativa della Regione qui deve soffermarsi, anche perchè non riesco a capire come la Corte dei Conti possa indiscriminatamente passare delibere dove da una parte si dà il 100% di contributo e dove dall'altra parte si interviene con il 95%, da una altra ancora con il 70%, e non ci sia una legge che per sommi capi e precisi articoli venga a stabilire ed a definire la misura dei contributi, i settori dove questo contributo deve essere esercitato, in modo che anche il controllo della Corte dei Conti possa essere permesso in qualsiasi momento e su ogni e qualsiasi delibera. E mi pare anche che si possa affermare come un controllo non esista in questo settore anche dal raffronto immediato che si può porre fra le spese sostenute

dalle due diverse federazioni o associazioni allevatori. Se guardo, ad esempio, in provincia di Trento questa voce « forza, acqua, luce dei centri di fecondazione artificiale » trovo che per il centro di fecondazione artificiale di Cles si sono spese in un anno 75.400 lire, per il centro di fecondazione artificiale di Rovereto si sono spese lire 73.500, per il centro di fecondazione artificiale di Merano si sono spese lire 999.739. Ammetto che ci siano dei tori speciali, ma non riesco a capire il divario di 800 mila lire nella sola energia elettrica, luce, acqua. Quindi voglio anche con questo richiamo a questa precisa spesa documentare come effettivamente molto di quello che avviene in questo particolare settore sfugga al controllo delle autorità regionali. Necessità dunque di una legge. Però attenzione: quando dico necessità di una legge non intendo una legge che deleghi alle province le funzioni, intendo una legge che conferisca all'Assessorato regionale dell'agricoltura i suoi compiti, i suoi diritti di intervento, i suoi diritti nel condurre una determinata politica nel settore della zootecnia. Quando parlo di legge non intendo una legge di controllo sul come la lire viene spesa, ma sul come dobbiamo intervenire per ampliare e sviluppare questo settore importantissimo per noi. Le critiche che ho sentito fuori o le argomentazioni che ho sentito portare qui dentro da Plaikner la volta scorsa e stamane, trovano, a mio modo di vedere, la giustificazione proprio in questa assenza di una politica in questo particolare settore da parte della Regione. E vorrei dire qualche cosa già che ci sono. Vorrei dirle che lo scorso anno nella discussione generale del bilancio mi ero permesso di richiamare alla sua attenzione come, entrando a far parte del M.E.C., ci saremmo trovati in questo particolare settore della zootecnia in una posizione di privilegio inquantochè i Paesi che entravano a far parte del M.E.C. non erano affatto fornitori in campo zootecnico alla nostra Regione, tranne l'Olanda per quella famosa quarta razza di cui si sente tanto parlare, quarta per la provincia di Trento, e quindi noi abbiamo

dovuto assolvere evidentemente una precisa funzione proprio anche nel settore del M.E.C. per questo particolare argomento della zootecnia. E invece troviamo costantemente una diminuzione per ciò che riguarda il patrimonio zootecnico della nostra Regione. Se dovessimo riportarci alla vecchia statistica del Perini che lei tanto bene conosce, statistica del 1800 - 1818 - 1841 - 1851, vedremmo un costante aumento del patrimonio zootecnico della nostra Regione. Provincia di Trento - 1818: 55.441 capi; 1841: 87.979 capi; 1851: 99.400 capi. Ora noi costantemente registriamo il fenomeno inverso: nel 1952: 103.720 capi; nel 1954: 93.700 capi; nel 1956: 82.211 capi. Mi pare allora, Presidente, che qui si imponga veramente la nostra attenzione. Perchè se questo deve essere un settore di sviluppo e di propensione economica per noi anche qui dobbiamo finalmente attuare una nostra politica. Leggevo nei giorni trascorsi un interessantissimo articolo comparso su «Economia Trentina». L'avrà letto anche lei, lo avranno letto i Consiglieri; articolo nel quale si parlava della diversa struttura che allo allevamento del bestiame sarebbe logico ed opportuno dare nella nostra Regione. Cito i tre settori, non è mia la competenza per dire se questo va bene, o è errato, sono un orecchiante assolutamente in queste cose, però mi sembrava che quanto nell'articolo era detto fosse meritevole di attenzione. Si sosteneva cioè che nell'allevamento di fondovalle bisognava dare posto a quelle che erano le razze che davano grande produzione di latte, per permettere la trasformazione a uso industriale. Si parlava di allevamenti di mezza montagna, dove bisognava coltivare e mantenere la razza che dava carne e latte, mentre agli allevamenti di alta montagna bisognava assicurare la possibilità di razze per il mercato, cioè fare dell'alta montagna zona di popolamento per rifornire il mercato nazionale e, se possibile, il mercato internazionale. Di questa politica, on. Presidente, non ho mai inteso parlare da quando esiste la Regione, e di questa politica, fermamente convinto come sono che può essere questo settore di gran-

de avvenire per noi, desidererei sentire che lei ne parli, come desidererei sentire da lei una pronuncia definitiva su quella che è la complessa materia degli aiuti dati alle federazioni degli allevatori, senza possibilità da parte nostra di esercitare un controllo qualsiasi e senza — qui ci siamo — senza un degno corrispettivo da parte di chi riceve. Perchè mi permetto di citarle quanto trovo scritto in una relazione pubblicata anche in «Economia Trentina», dove si parla del reddito che questo settore concede, reddito amplissimo. Vediamo un po' come viene condensato, perchè dice la relazione del dr. Zanotti (*legge*). Mi pare quindi che sarebbe logico che anche da parte della associazione degli allevatori di bestiame in qualche modo si contribuisca alla produzione ed allo sviluppo di questo settore, che a loro sta particolarmente a cuore e torna particolarmente utile. Voglio richiamare l'attenzione su di un altro fatto che la propensione al consumo della carne in Italia è costantemente in aumento, e l'altro fatto ancora che l'importazione in Italia di bestiame macellato è in continuo aumento. E anche proprio in questo settore che largamente ci dice delle condizioni di vita del nostro popolo e del popolo italiano, noi dobbiamo sentirci attratti ad operare. Resta chiaro di per sé che quanto più potremo mettere i nostri allevatori nella possibilità di trovare qualsiasi sbocco di mercato, tanto più avremo operato per il loro benessere avvenire e per l'avvenire dell'economia regionale.

DALLA ROSA (D.C.): Era mia intenzione prendere la parola al cap. 61 per riepilogare un po' tutta la materia dell'agricoltura prima di passare al bilancio dell'Assessorato dell'agricoltura e foreste e che riguarda il settore forestale in particolare. Vedo però che sul cap. 58 si è inserita la discussione con l'approfondimento di vari aspetti della vita agricola della nostra Regione e per questo penso che forse sia opportuno che prenda la parola in questo momento. Chiedo perciò ai signori colleghi venia se un po' riprendiamo la discussione generale sull'Assessorato-

to dell'agricoltura ma, visto che lo hanno fatto altri, mi sento quasi autorizzato a farlo anch'io.

MOLIGNONI (P.S.D.I.): Senza quasi...

DALLA ROSA (D.C.): Questa mattina abbiamo sentito la chiusura dell'interessante relazione del cons. Plaikner con il quale concordiamo, perchè pensiamo che se della gente e degli agricoltori devono essere tenuti presenti, questi sono quelli delle zone di montagna, perchè a loro spetta la vita più difficile e operano in un ambiente molto più difficile della pianura. Sarebbe interessante lo approfondimento di alcuni aspetti. Mentre in linea generale possiamo dire di essere d'accordo, per alcuni aspetti le opinioni possono essere alquanto diverse: la funzione del capitale bestiame in montagna, la necessità di indirizzare l'attenzione per questo settore particolare della vita agricola del montanaro a produrre bestiame che, secondo il cons. Plaikner, deve battere la concorrenza del bestiame di pianura. È un aspetto sul quale non possiamo trovarci d'accordo perchè la funzione del bestiame in montagna la riteniamo diversa da quella del bestiame di pianura. Quello che non sono riuscito ad afferrare bene è l'accento fatto ad una tale rivista « Spada » e a una organizzazione che attorno ad essa si sarebbe sviluppata e che opererebbe in val Badia e che dovrebbe avere la sede in provincia di Trento. Ho chiesto ai miei colleghi, nessuno ha sentito parlare di questa organizzazione e quindi sarebbe interessante conoscere qualche particolare a questo riguardo. A me non risulta, se il Consigliere mi darà delucidazioni gliene sarò grato.

L'altro intervento sentito è quello del cons. Vinante. Il cons. Vinante ha sottolineato la necessità di una maggiore giustizia distributiva nell'applicazione delle leggi regionali. Sono cose, cons. Vinante, che dette così e ascoltate senza molta attenzione le possiamo sottoscrivere senz'altro, perchè anch'io posso essere d'accordo con lei quando dice che gli interventi della Regione devono

essere distribuiti in maniera equa, in modo da non dare troppo in una valle e trascurare un'altra valle. Ho i dati per quanto riguarda la legge 19. Sono 782 milioni di lire che sono state erogate in base a questa legge. È una legge per l'incremento dell'irrigazione e della fertirrigazione. Nella distribuzione da lei citata in primo posto c'è la Val di Non con 420 milioni, ad essa segue la Val d'Adige, alla quale vorrei aggiungere la zona di Trento e Rovereto perchè esse possono benissimo essere simili a questa valle, la Valsugana, le Giudicarie, la val di Fiemme con pochissimo, la zona del Garda con altrettanto poco. Lei lamentava ad esempio nella zona di Primiero che nessun intervento è stato attuato con questa legge. È un'ingiustizia che noi commettiamo nei confronti di quella zona di Primiero. Mi permetto di far presente che se mai dovremo esprimere un voto indirizzato a Giove Pluvio tendente a dire: « per piacere, limita le precipitazioni in quella valle e nella zona di Primiero », perchè lì piove già troppo, come piove già troppo nella val di Fassa. Ora è logico che quella legge non opera a Primiero e in val di Fassa perchè non c'è necessità. La Val di Non è nelle stesse condizioni? No. Noi sappiamo che la Val di Non è una delle zone in provincia di Trento nelle quali l'indice di precipitazione è il più basso di tutti o almeno è uno dei più bassi con coltura frutticola che richiede molta acqua e la floridezza, se di floridezza possiamo parlare in Valle di Non, dipende proprio dallo sforzo che hanno compiuto parecchi anni fa gli agricoltori della Valle di Non per procurarsi l'acqua. Infatti lei vede che dove c'è acqua c'è frutticoltura, dove non c'è acqua la frutticoltura cessa, è un elemento indispensabile perchè la frutticoltura si sviluppi. Quindi è logico che lì dove la frutticoltura è bene sviluppata, dove c'erano gli impianti di irrigazione per scorrimento e dove gli agricoltori sentivano la necessità di trasformare questi impianti di irrigazione da scorrimento a pioggia l'intervento della legge 19 debba essere maggiore che non in altre zone.

Non vorrei in questo momento sostituir-

mi al Presidente della Giunta Regionale nel rispondere alle diverse osservazioni che hanno fatto, in particolare Vinante, ma vorrei dire che esaminando alcuni appunti che mi sono preso qui mentre parlava Vinante posso dire questo sui pascoli montani. Penso che non c'è stato periodo nella storia della nostra economia e della nostra vita provinciale e regionale durante il quale si sono fatte tante opere a favore dei pascoli montani come in questi ultimi anni. Non possiamo essere d'accordo con Vinante quando parliamo della funzione che ha l'alpeggio sul bestiame, perchè se fosse solo per il risparmio del foraggio che deriva all'agricoltore dall'alpeggio del bestiame, penso che il valore del pascolo montano sarebbe ben poca cosa. Credo che la Magnifica Comunità questo la abbia capito quando ha tolto il diritto di pascolo su certe zone per rimboschirle. Quindi è anche chiaro che la stessa Magnifica Comunità ha capito che il pascolo montano vicino al paese non è di grande importanza. Per noi...

MOLIGNONI (P.S.D.I.): Se l'hanno capito quelli della Val di Fiemme lo hanno capito anche gli altri!...

DALLA ROSA (D. C.): Volevo dire che l'alpeggio per noi ha un altro significato. Lo alpeggio è un qualche cosa che caratterizza il nostro bestiame, perchè se il nostro bestiame ha un valore sui mercati è proprio perchè esso gode per un anno o due anni dell'alpeggio, che imprime al bestiame una caratteristica di sanità e di robustezza che non altrimenti potrebbe assolutamente avere.

Latteodotti. Cons. Vinante, il Presidente ce lo può confermare, tutti i latteodotti che sono stati progettati ed attuati nella provincia di Trento sono stati finanziati tutti, neanche uno escluso; e quindi anche nel confronto di questo settore e per queste attività, che sono interessantissime, penso che non si possa dire che la Regione non abbia pensato alla loro attuazione perchè dappertutto dove i latteodotti sono sorti, dappertutto questi hanno

avuto il loro finanziamento. Ma una osservazione di fondo ha fatto Vinante, ed è quella di vedere se la politica generale della Regione nel settore dell'agricoltura si inquadra nel momento attuale, o se invece le iniziative ed i programmi che si sono proposti e che si stanno attuando in Regione, non sono consoni al momento economico attuale. Su questo punto vorrei soffermarmi un po', puntando la nostra attenzione su una coltivazione che interessa particolarmente le zone montane, e che è quella della patata. Non parlo solo della patata da seme, ma della patata in generale. È vero che in questi ultimi tempi si è parlato diffusamente di riconversione delle colture, di autodisciplina di alcuni settori della produzione, come di argomenti sui quali impostare tutto il problema tecnico-economico della nostra agricoltura, onde essa possa operare nella più vasta cornice del M.E.C. È recente una interessante conferenza televisiva dell'on. Bonomi che, insieme al prof. Albertario, ha ampiamente illustrato il problema, indicando alcuni aspetti della nostra economia agricola e prospettando la necessità di ridurre determinate colture per dare maggiore sviluppo ad altre e inserendo in tale futuro programma le ormai troppo note necessità di indirizzare verso altre attività molte delle unità lavorative che oggi gravano e pesano sull'agricoltura. Non vi è dubbio che ciò risponde ad una reale necessità per la nostra agricoltura ed è quindi necessario, penso io, che anche noi, nell'esaminare questo bilancio ci si ponga la domanda se la politica fin qui seguita dalla Regione si inquadri in questi concetti generali e sia quindi rispondente alle necessità del momento. Dall'immediato dopoguerra stiamo assistendo ad un graduale e costante esodo dalla campagna ed in particolare ad un trasferimento delle unità lavorative dal monte verso il piano, esodo e trasferimento che non ha però ancora raggiunto proporzioni tali da consentire a chi è rimasto o è dovuto rimanere a lavorare la terra, la possibilità di avere aziende agricole di un'estensione tale da consentire

una agevole esistenza di coloro che vi rimangono. Questo dipende sia dalla mancanza in loco di industrie capaci di assorbire molta manodopera, sia perchè la manodopera che si presenta sul mercato di lavoro non è ancora sufficientemente addestrata, sia infine dalle difficoltà materiali e psicologiche che molti incontrano per l'espatrio e per la ricerca fuori del paese di occupazione. Siamo tutti convinti che gli sforzi per l'industrializzazione della nostra Regione sono notevoli ma che, pur non volendo essere pessimisti, l'industrializzazione in Regione difficilmente potrà dare lavoro a tutti coloro che sarebbe bene potessero abbandonare i campi. Rimane pertanto in campo di attualità il problema di una migliore organizzazione della nostra agricoltura, in quanto anche nell'ipotesi che si potesse raggiungere quell'equilibrio fra unità lavorative disponibili e l'assorbimento di dette unità da parte dell'industria, che tutti desideriamo, l'organizzazione tecnica, quella economica e il ridimensionamento di alcune coltivazioni, sono e rimarranno alla base di una economia agricola appoggiata su basi solide e che s'inquadri su quelle che sono le reali possibilità del nostro paese.

Desiderando fare un quadro generale e perciò schematico del nostro ordinamento culturale, possiamo suddividere la Regione in tre grandi zone: la zona montana, nella quale l'economia silvo-pastorale dovrà trovare il suo naturale sviluppo. In questa zona potrà trovare il suo giusto collocamento il bosco che non dovrà ostacolare una razionale attività zootecnica, e quando parliamo di zootecnia, riteniamo riferirci non solo all'allevamento del bestiame in sè e per sè, ma alla praticoltura e all'alpicoltura. Sono queste le zone alle quali oggi si è rivolta particolare attenzione per i vari aspetti che interessano non solo la nostra Regione, ma anche le regioni a noi confinanti e particolarmente la pianura padana, sia sotto l'aspetto del regime delle acque, sia sotto l'aspetto del riformamento del bestiame da rimonta. Non va pe-

rò dimenticato che le zone di montagna e di mezza montagna si devono guardare anche come zone capaci di produrre patate da seme, attività questa che ha già dato brillanti risultati sui quali mi permetterò di soffermarmi più avanti. La zona collinare invece è interessata al programma viticolo, programma che non prevede l'estensione della vite ma il suo miglioramento qualitativo. Infatti tale programma che viene attuato attraverso un costante interessamento — parlo del programma che viene attuato in provincia di Trento — dell'Ispettorato provinciale della agricoltura in stretta collaborazione con gli organi cooperativi dei produttori e che è stato lungamente discusso dal comitato vitivinicolo provinciale, prevede la graduale eliminazione di tutti i vitigni scadenti e punta decisamente sulla produzione di vitigni capaci di dare soprattutto vini superiori da pasto e in alcune zone anche dei vini tipici che meritano l'onore della bottiglia. È fuori dubbio infatti che la nostra produzione si potrà affermare proprio con i vini di massa aventi caratteristiche ben definite e costanti. È proprio tale tipo di vino che viene richiesto dalla maggioranza dei consumatori e con il quale noi ci siamo già imposti sui mercati nazionali ed esteri e con il quale possiamo reggere la concorrenza di altri paesi. Nella zona di fondovalle o in quelle a questa assimilabili, il programma è inteso all'eliminazione delle colture sarchiate per incrementare invece la frutticoltura specializzata e migliorare la viticoltura in quelle zone dove la vite dà già delle produzioni abbondanti e qualitativamente soddisfacenti. In altre parole secondo i programmi elaborati dovranno lentamente scomparire il granoturco e gli altri cereali, dovrà essere intensificata la frutticoltura, migliorata la viticoltura e non dimenticato il patrimonio zootecnico, che dovrà essere mantenuto per lo sfruttamento della carne e del latte. Qui, cons. Ceccon, mi sembra che ci sia, molto brevemente, la risposta al quesito che lei ha posto, cioè di dire che nessuno ha mai pensato alla zootecnia del fondovalle. Se il tempo lo consentisse sarebbe interessante

esaminare i singoli settori e approfondire, per ognuno di essi, gli aspetti più salienti. Desidero però brevemente esporre delle considerazioni su uno degli orientamenti sopra accennati e precisamente su quello che interessa la produzione della patata e della patata da seme. Non va infatti dimenticato che la coltivazione della patata specialmente in questi ultimi anni ha assunto per alcune zone della nostra provincia degli aspetti veramente interessanti. Ed è capace di sopperire almeno in parte a quei tali assorbimenti di manodopera ai quali ho accennato nelle premesse, e che per ora il processo di industrializzazione e di emigrazione non è in grado di assorbire.

In alcuni comuni si sono avuti dei veri miracoli e cito qui ad esempio Garniga dove lo scorso anno la produzione della patata ha portato a quel paese circa 20 milioni di lire, il che significa 200 mila lire in media per ciascuno dei 100 coltivatori di quel paese. E 200 mila lire in una famiglia di contadini hanno un significato notevole.

E come Garniga potremmo citare Cavendish, paese notoriamente già avviato da parecchio tempo a questa attività, e potrei citare alcune zone delle Giudicarie dove le timide coltivazioni di patate di alcuni anni fa si sono notevolmente estese con produzioni di alta qualità e che hanno in alcuni casi arginato quell'ondata di preoccupazione sorta in quelle popolazioni in seguito al completamento dei lavori idroelettrici in atto in quella zona. Ora penso che per quelle zone la pataticoltura abbia lo stesso valore di un'industria ed è per tale ragione che se la Regione potrà continuare ad appoggiare questa attività opererà, attivamente per consentire anche a popolazioni di zone meno provvedute una esistenza meno dura. Se è vero, come è vero, che è particolarmente l'economia della montagna quello che più ci preoccupa, è altrettanto vero che la pataticoltura si inserisce di prepotenza in tale economia. Infatti non dobbiamo dimenticare che l'80 % della nostra produzione pataticola è di provenienza mon-

tana. Oltre al bosco, foraggio e patata sono il binomio obbligatorio e razionale ed oggi insostituibile dell'agricoltura montana. Se è aggiornato il dato di 8.000 ettari coltivati oggi in provincia sopra i 400 metri di quota, sono, a 200 quintali l'ettaro, sono 1.600.000 quintali di patate prodotti, di cui la metà rimane all'azienda sia come prezioso nutrimento a buon mercato umano e animale, sia per il reinvestimento, mentre l'altra metà è disponibile come prodotto pregiato per il mercato della patata da pasto. Calcolando un realizzo di 2.000 lire il quintale, è un miliardo e mezzo di prezioso denaro che può nutrire la dura economia del montanaro. Questo il significato economico della pataticoltura di montagna. Si deve dire che si sono avuti notevoli risultati in ordine tecnico agronomico, sostituendo gradualmente le vecchie varietà cosiddette locali con varietà più produttive e più accettate sul grande mercato. Incremento e acceleramento della rimonta del seme, sfruttando ormai sulla grande coltura le prime riproduzioni, al massimo le seconde, perfezionando e diffondendo la razionale pratica della rotazione, della concimazione, dei trattamenti antiparassitari, migliorando la lavorazione fondamentale del terreno, grazie alla benefica diffusione dei trattori, i quali, approfondendo lo strato attivo del terreno, hanno enormemente attenuato i danni della siccità. Merita soprattutto mettere in evidenza l'organizzazione sementiera che ha contribuito in maniera determinante alla diffusione del seme eletto nella provincia, oltre ad alimentare una utile corrente commerciale sul mercato nazionale. Si tratta di centri di moltiplicazione di patate del comitato per il miglioramento della patata da seme, il cui sviluppo appare nei seguenti dati: nel 1951 avevamo 30 centri, nel 1958 siamo passati a 49 centri con una punta di 61 centri nel 1957. I produttori sono passati da 305 nel 1951 a 850 nel 1958 con una punta di 1200 nel 1957. La produzione di seme è passata dai 13.119 quintali del 1951 ai 42.630 quintali del 1958. È da dire che i centri controllati non sono

che la élite dei produttori, élite che sente nella disciplina almeno tecnica la sua forza. Accanto ad essi molti altri, seguendo l'esempio, moltiplicano, sia pure senza i crismi del controllo ufficiale, il seme originale, di modo che i 200 mila quintali di seme normalmente investito nelle nostre colture, sono pressoché totalmente costituiti dalle prime o seconde riproduzioni dell'originale. I centri di coltivazione patate del comitato operano in provincia sotto il diretto controllo dell'apposito ufficio dell'ispettorato provinciale, diretto con passione e competenza dal dott. Riccardo Dorigatti, che, raccogliendo i desideri del compianto comm. Catoni, ha continuato i suoi studi in stretta collaborazione con la stazione sperimentale di S. Michele a/A.

La nostra organizzazione sementiera e la possibilità di sviluppo della coltura della patata da seme hanno avuto anche un riconoscimento da parte del prof. Viscardo Montanari, presidente del Consiglio superiore dell'agricoltura, il quale, in un « convegno dei cinque » radiotrasmesso alcuni anni fa, ha avuto parole di elogio nei confronti della opera svolta dall'organo tecnico regionale ed in particolare per il lavoro compiuto dal dott. Dorigatti in questo campo. Merita ora illustrare il settore organizzativo e commerciale. Per il seme appaiono, nel 1959, 49 centri, di cui 38 sono società legalmente costituite, grandi aziende e ditte commerciali produttrici a mezzo di impegni di coltivazione con agricoltori. E nel 1959 che il comitato, allo scopo di dare ai produttori una veste più valida di responsabilità commerciale, ha preteso che i piccoli coltivatori, prima costituiti in labili gruppi a gestione di vendite individuali, si trasformassero in società legalmente costituite con conseguente gestione collettiva delle vendite. Questo spiega ad esempio la riduzione dei centri da 61 nel 1957 a 49 nel 1958. È sperabile che questa trasformazione porti, sotto la spinta della necessità di sopravvivenza e di resistenza nella concorrenza del mercato internazionale, a fusioni delle singole e ancor troppo piccole società, in modo da

giungere possibilmente alle organizzazioni di valle o comunque di comprendere dei comprensori più ampi di quelli attuali. Molto istruttivo è in proposito il rapporto fra le tre potenti società sementiere della provincia di Bolzano produttrici, sia pure aiutate da migliori condizioni geografiche ed ecologiche, oltre 150.000 quintali di patate da seme qualificate ed i 49 piccoli centri della provincia di Trento distribuiti in tutte le vallate produttrici non più di 50.000 q.li. Quindi le situazioni sono molto differenti nelle due province. Evidentemente però il fatto economico sostanziale della nostra pataticoltura, diciamo economico, non sono i 50.000 q.li di patate da seme ma gli 800.000 q.li di patate da pasto disponibili per la vendita. È opportuno in proposito segnalare la necessità urgente di trattare una disciplina di mercato, oggi caotico soggetto ad oscillazioni ed arresti quanto mai dannosi ai produttori, i quali, allettati dal miraggio di lusinghieri guadagni, arrischiano e si vedono falciati molto spesso quello che è il loro stipendio e non un capitale da investire in manovre speculative. Nessuna organizzazione, si può dire, dirige le vendite di questa imponente massa manovrata quasi totalmente dai singoli produttori a contatto diretto o tramite il tradizionale intermediario con i commercianti di patate. È significativa la definizione data dai grossisti e commercianti stessi, del mercato trentino delle patate da pasto, visto come il mercato più ambito per la qualità della merce ma al tempo stesso il più difficile e dispendioso. È evidente che la maggior spesa sostenuta dal commerciante viene, salvo rare congiunture favorevoli ai produttori, sottratta dal prezzo di acquisto alla produzione. Magazzini e vendite collettive della patata da pasto distribuiti scolarmente su tutto il periodo del nostro mercato da ottobre ad aprile, potranno risolvere a favore dei produttori la situazione di mercato, qualunque essa sia nel tempo; e ciò a maggior ragione se e quando il M.E.C. diventerà una realtà. Non sarà infatti infrequente la necessità di vendere sottoco-

sto una parte della produzione e ciò si potrà fare senza danno solo con le vendite collettive e la ripartizione dei ricavi fra i soci. Questo è uno degli assunti più importanti proposti dai nostri esperti ed è auspicabile si possa realizzare al più presto.

All'inizio di questo intervento mi sono posto una domanda, quella cioè se la politica fin qui seguita dalla Regione nel campo dell'agricoltura risponda a due fondamentali esigenze. Prima: attuazione di un programma capace di rendere l'agricoltura consona e conforme all'ambiente nel quale operiamo e capace di rispondere alle esigenze del MEC. Seconda: necessità di organizzare la nostra agricoltura in previsione e nella speranza che il maggior numero possibile di unità lavorative possano trovare occupazione altrove e quindi consentire a quelli che rimangono nel campo un'esistenza meno dura. La risposta riteniamo che in via di massima possa essere positiva, perchè, da un esame sommario, noi possiamo a ragion veduta affermare che le linee programmatiche della Regione nel campo dell'agricoltura mirano a specializzare le nostre coltivazioni, tenendo presenti quelle che sono le maggiori possibili utilizzazioni dei prodotti della terra. Operiamo così quella conversione delle colture che è nei programmi del governo centrale e che è già stata attuata in altre nazioni, dove il processo di industrializzazione ha avuto maggiore sviluppo e di conseguenza ha potuto prima di noi portare a quella diminuzione delle unità lavorative nel campo del quale noi parliamo. Riconversione e diminuzione di unità lavorative non sono principii contrastanti fra loro, ma sono perfettamente in collegamento, in quanto la conversione delle colture potrà essere tanto più facile quanto minori sono le unità che a questa conversione sono interessate. È però vero che l'attività agricola presenta degli aspetti così difformi tra zona e zona, da terreno a terreno, da annata ad annata, che fare programmi è sempre una cosa molto rischiosa, e soprattutto non dobbiamo pensare di poterli attuare in un breve ciclo

di anni, specialmente da noi in regime di piccola attività produttrice; il lavoro è sempre lungo e non privo di difficoltà. Bisogna quindi avere costanza e pazienza. L'importanza, a mio modesto avviso, è di continuare senza interruzioni ed è per questo che ci auguriamo che nel bilancio della Regione trovino sempre posto finanziamenti per attuare questi programmi di base, che servono ad attuare tale continuità.

PRESIDENTE: Chiede la parola il cons. Corsini.

CORSINI (P.L.I.): Se fossi al banco della Giunta responsabile di quella che è stata la conduzione della politica economica della Regione in questi dieci anni, on. Presidente, on. Consiglieri, sarei assillato costantemente giorno e notte da due interrogativi, da due problemi, da due situazioni, i cui elementi non quadrano. Una di queste situazioni ho avuto l'onore di esporla nel mio ultimo intervento in questa aula; pertanto non la riprenderò, è quella che riguarda la mancata flessione del fenomeno della disoccupazione in Regione, nonostante i numerosi interventi in vari settori della vita economica. L'altro problema che io sentirei altrettanto assillante, altrettanto tormentoso è quello dei risultati che si sono avuti dall'impiego massiccio — non si può dire che la parola non corrisponda alla verità — di fondi a favore del settore dell'agricoltura. È sempre corsa, anche nel passato ed anche oggi qui stando ad ascoltare i numerosi interventi, è sempre corsa la impressione che da una parte si volesse fare la difesa dell'agricoltura e degli interventi necessari a favore dell'agricoltura, la difesa ad oltranza, la difesa di principio, come se dall'altra parte vi fosse la preconcepita volontà di negare a questo settore della vita economica della Regione i fondi e gli stanziamenti o perchè non se ne riconosce preventivamente la utilità o chissà mai per quali motivi, forse perchè non si tiene sufficientemente in considerazione la vita dura, effettivamente dura, di coloro che sono vicini alla ter-

ra, che producono e che sono gli elementi base dell'ulteriore attività economica anche industriale e commerciale. Ma non è così, mi pare. Mi pare che quel problema, quell'assillo che io sentirei, deriverebbe da questa constatazione: che agli interventi massicci fatti in questo settore non è corrisposto nè un aumento del reddito dell'agricoltura, nè, che io sappia, si è neppure raggiunto — avrei caro di essere smentito, ma non credo — non si è neppure raggiunto quell'ulteriore scopo che potrebbe essere anche di natura sociale apprezzabile e pregevole, anche se fosse economicamente non corretto e non redditizio, quello di fermare e di legare queste nostre popolazioni alla terra, di mantenerle qui, perchè si sente ripetere costantemente che ormai la terra non dà più un reddito sufficiente, che bisogna affiancare quella che è l'attività agricola con delle fonti di lavoro collaterali, perchè la terra non sopporta più il peso umano che sopportava nel passato, perchè c'è la fuga delle popolazioni dalle campagne, dalle coltivazioni avite e tradizionali, c'è un rovesciarsi di queste popolazioni dal settore dell'agricoltura alla ricerca di altre occupazioni e di altri lavori. Ed allora, a distanza di dieci anni di queste esperienze fatte dalla Regione, di rovesciare denaro e denaro pubblico, ancora nel settore dell'agricoltura non pare all'on. Giunta ed all'on. Consiglio che sia necessario un momento di pausa e di meditazione per domandarsi se per caso il far affluire denaro e solo denaro nel settore dell'agricoltura o il farlo affluire in quei modi ed in quelle forme in cui è stato fatto affluire fino ad oggi non sia una via che, magari imboccata inizialmente con perfetta buona fede e con la speranza che portasse a dei risultati buoni, a risultati voluti, ha invece condotto ad un mancato miglioramento della situazione che precedentemente esisteva, quando non si vuol dire addirittura ad un peggioramento? Ora poi siamo di fronte ad un'altra incognita, ad un'ulteriore incognita — diciamo pure incognita, perchè nonostante gli studi siano stati avviati in questo settore non credo che possiamo

ancora avere in mano dei dati conclusivi che aprano i veli che coprono il futuro — l'incognita di quello che sarà il posto della nostra agricoltura nel Mercato comune, per cui a quell'assillo del passato viene a porsi accanto inevitabilmente una grave preoccupazione per quello che sarà il futuro. Credo, e non voglio entrare negli esami tecnici, negli esami degli aspetti tecnici di questo settore agricolo, non ne ho veramente la competenza, mi limito solo a quello che è il fatto economico in se stesso e credo che vada riconosciuto questo dato fondamentale, che si debba tirare questa conclusione fondamentale: questo che possiamo chiamare il grande ammalato che è l'agricoltura non guarisce con la sola medicina del denaro, non guarisce con la sola medicina degli stanziamenti; non è sufficiente buttare dentro nel settore dell'agricoltura gran parte di quelli che sono i fondi del bilancio regionale per ottenere un miglioramento in questo settore, perchè purtroppo questi dieci anni ce lo stanno a dimostrare. Ed allora quali altre vie rimangono possibili? Una è quella che ho più volte indicata in sede di commissione legislativa, confermata oggi stesso dal Presidente della Giunta, che forse questo fenomeno, questo problema, queste condizioni dell'agricoltura non sono ancora sufficientemente esaminate all'interno, nell'intimità, in modo tale da avere a disposizione delle conoscenze che ci permettano di agire prudentemente, con quella prudenza pratica che deve essere la dote principale del legislatore e dell'amministratore. Ma un'altra forse è la conclusione che si può trarre. È questa: che la politica agricola della Regione ha continuato a fare insistenza sui modi tradizionali, sulle coltivazioni tradizionali senza preparare le popolazioni, che sono dedite alla agricoltura, a quell'inevitabile trasformazione che nella coltivazione dei terreni dovrà essere fatta, se si vuole che la Regione Trentino-Alto Adige mantenga almeno il passo che ha rispetto alle altre zone dello Stato, se si vuole prima di tutto e con maggiore importanza preparare anche la nostra

Regione per quelle che saranno le condizioni dell'agricoltura nel Mercato comune. Ad esempio vedete, anche oggi si è parlato di questa ricchezza della Valle del Noce, delle Valli di Non e di Sole, e da parte di qualcuno è stato detto che questa ricchezza è derivata in gran parte dagli enormi, il che corrisponde a verità, dagli enormi rivoli, quando non sono stati fiumi, di denaro regionale che in queste zone sono stati avviati. D'altra parte è stato detto che questa ricchezza è in gran parte dovuta a quelle che sono le condizioni climatiche, ai benefici delle precipitazioni e via dicendo. Io mi domando: abbiamo proprio ragione di continuare a parlare delle ricchezze della Valle di Non? Questa ricchezza della Valle di Non durerà per questo anno e per gli anni venturi ed altri anni ancora, o con quella che è la caratteristica, monocoltura, della Valle di Non, nella situazione nuova che si creerà nel Mercato comune, la ricchezza della Valle di Non sarà posta in pericolo? Mi riferisco ai dati che ho avuto da tecnici; purtroppo non sono nè un possidente di terra nè un coltivatore di campi, pertanto non posso che rifarmi all'esperienza e dati di altri. Non è affatto da escludere una crisi della frutticoltura anche in quelle zone, che finora sono state fortunate. Non è più conveniente, mi è stato detto da competenti, produrre vendendo a meno di 20 lire al chilo, mentre la zona di Ferrara può vendere con sufficiente profitto o per lo meno senza perdite, a 10 lire al chilo. Si tratta di conseguenza non solo di mantenersi su quelli che sono stati i binari tradizionali dell'agricoltura e dell'impostazione della politica agricola regionale; il problema qui è più grave, ed è quello di preparare la situazione per il futuro. C'è la necessità di trasformare le colture, per esempio anche delle frutta, tutte quante a frutta precoce estiva, specialmente le pere, perchè quando esse sono poste sul mercato del nord e del centro Europa può in quel momento spuntare dei prezzi vantaggiosi. La frutta che non sia precoce incontrerà inevitabilmente la concorrenza di altra frutta che ormai si sta producendo con una certa lar-

ghezza anche al di là del Brennero. Questo prevede un'opera di assistenza alla classe dei contadini, prevede un'opera di promulgazione di queste nozioni e previsioni.

Quando sentivo oggi il cons. Ceccon citare le statistiche del Perini, la mia mente è riandata a quella che è stata la benemerita azione della Società agraria nel Trentino intorno alla metà del secolo scorso. Allora, e lo dico solo come inciso, senza volontà di aprire una polemica, allora specialmente il Trentino non godeva affatto di grandi aiuti e sussidi dalla principesca Contea del Tirolo. Eppure anche se non avevamo bilanci dell'agricoltura così ricchi e favorevoli, abbiamo avuto un meraviglioso sviluppo dell'attività agricola del Trentino alla metà del secolo scorso. E questo meraviglioso sviluppo portato alla nostra agricoltura, a quelle che erano le condizioni precedenti prive di una assistenza scientifica e tecnica, è stato dovuto in gran parte alla benemerita azione della Società agraria, che ha divulgato nelle campagne, nei paesi, nelle valli, le nuove cognizioni tecniche, i nuovi sistemi colturali, ha consigliato la sostituzione di colture con maggior reddito, ha portato a conoscenza novità provenienti da altri paesi, ha in sostanza preparato una classe di contadini capaci e con le conoscenze sufficienti per affrontare questo rivolgimento e questo sviluppo dell'attività agricola. Credo che non sia un problema da trascurarsi questo. Noi dovremo proprio incominciare sin d'ora ad osservare il corso dei fenomeni agricoli per preparare una situazione nuova nella immissione della nostra Regione nel M. E. C.

Un altro esempio è quello della viticoltura. Continuiamo a dire che la nostra Regione ha questi due pilastri solidi: la frutticoltura, e la viticoltura. Anche qui troviamo la stessa situazione minacciosa come nel campo della frutticoltura. L'uva di altre zone, più produttiva per quantità e per grado di alcoolicità, può essere venduta redditizianamente a 10 lire il chilo, la nostra a non meno di 30 lire il chilo. Di qui la possibile perico-

losità futura del mercato del vino. Mi è stato confermato da competenti e da tecnici che le zone della Germania del nord sono un mercato di buon smercio di vino, che proviene dal Sud - America e dal Cile e che il vino del Cile, sbarcato ad Amburgo, viene a costare meno di quello del Trentino e dell'Alto Adige.

In sostanza, mentre precedentemente potevamo sperare nell'allargamento della fascia della estensione della nostra produzione vinicola dal sud verso il nord, oggi dobbiamo temere la restrizione della fascia di smercio della nostra produzione vinicola attraverso questa influenza e questa presenza di vini di provenienza lontana. Si dice anche, da parte di coloro che operano in questi importanti settori dell'economia, che ormai bisogna abbandonare il criterio della quantità, che bisogna sostituirlo con quello che è il criterio della qualità, che solo così si potrà sostenere convenientemente la concorrenza con i prodotti di altre terre. Ora tutto questo lavoro di penetrazione nelle menti, nelle esperienze della classe contadina è evidentemente in atto, ma forse non con mezzi sufficientemente idonei e sufficientemente larghi per arrivare rapidamente allo scopo. Non crediamo in sostanza, per ripetere un concetto già inizialmente detto, che basti mettere a disposizione dell'agricoltura del denaro con la speranza che questo ci porti al miglioramento della situazione agricola nella Regione. E quando il cons. Ceccon, partendo da altri motivi, affermava che è necessario attirare l'attenzione del legislatore e della Regione su questo settore, affermava un fatto e un principio che sostanzialmente condivide.

La stessa situazione la troviamo nel settore zootecnico. Anche qui i tecnici affermano che sarebbe una vana speranza quella di voler, con l'incrementare a tutti i costi la zootecnia, pretendere di sostituire ed integrare le eventuali recessioni che potremo avere nel futuro nella frutticoltura e nella viticoltura; anche qui si afferma che si tratta di un problema di selezione e di miglio-

ramento qualitativo più che di estensione quantitativa. Occorre perciò che oggi si punti su quello che è il problema della selezione nella generazione e nella difesa dalle malattie, eliminando i capi contagiati. Qualche cosa, voglio essere sempre obiettivo e moderato nei giudizi, qualche cosa è stato fatto. Se noi osserviamo il cap. 61 — ormai ripeterò quello che ha detto il cons. Dalla Rosa — poichè si è aperta la discussione generale, mi si consenta di andare un po' al di là dei limiti del cap. 58, vediamo preventivati 40 milioni per le spese, i contributi, i sussidi per l'intensificazione della lotta contro le malattie del bestiame in genere.

PRESIDENTE: Dove?

CORSINI (P.L.I.): Era contenuto nel 61.

PRESIDENTE: Quello viene dopo.

CORSINI (P.L.I.): Però occorre anzitutto applicare a questo proposito quelli che sono i regolamenti sanitari già esistenti, e da parte degli interessati a questo settore si lamenta che manchi un'azione preventiva. Poi sarà fruttuoso e redditizio un intervento così come si fa con nuovi stanziamenti, i quali stanziamenti dei 40 milioni, mi suggeriscono una richiesta al Presidente della Giunta, perchè si appuri se anche essi vengono suddivisi con quel famoso criterio del 50%, di cui ho così spesso parlato in questa sede, e se corrisponde a verità che l'Alto Adige ha avuto in dotazione a questo scopo un fondo speciale di 10 milioni dall'Alto Commissariato per la Igiene e la Sanità. Occorrerà far osservare che i capi ammalati che vengono sostituiti con il contributo, vengano effettivamente abbattuti perchè se vengono venduti e poi ritornano attraverso altre vie, sia pure con le segnalazioni prescritte, essi tornano poi sostanzialmente a reinfettare quello che è il patrimonio zootecnico delle nostre zone. Nel Trentino l'opera di bonifica dalle malattie del bestiame è stata posta in atto nella Rendena, è stata svolta questa opera di risanamento,

essa è in corso nella zona di Tione, è progettata anche in Val di Sole; ma successivamente a queste disposizioni sarà opportuno che gli organi tecnici della Regione intervengano efficacemente perchè le zone bonificate non siano successivamente infettate con il trasportarvi bestiame ammalato. Dall'Alto Adige, ad esempio, parte del bestiame che era stato riconosciuto come ammalato, è stato trasportato e venduto in Lombardia, ed è una cosa ridicola questa che nella nostra zona si spendano fondi e denaro per arrivare a bonificare e poi successivamente ci si liberi noi da queste malattie del bestiame per mandare i capi in altre regioni d'Italia.

Concludo questo breve intervento, compiuto più su motivi occasionalmente offerti dalle discussioni precedenti, affermando l'assoluta necessità che la Regione, oltre allo stanziamento di tutti questi enormi fondi nel settore dell'agricoltura, i quali non hanno dato quelle conclusioni e quei risultati che ci si aspettava, ponga in atto subito e attentamente uno studio accurato e serio per reperire i motivi fondamentali per cui la immissione di questo denaro nel settore dell'agricoltura non ha portato alle conseguenze volute, e per creare, attraverso lo studio, la convinzione e la certezza di quale sia la via che l'agricoltura del Trentino e Alto Adige dovrà compiere ulteriormente.

THEINER (S.V.P.): Ich werde versuchen, dem Herrn RR. Ceccon auf seine Ausführungen zu antworten, denn er hat besonders die Arbeit der Viehzuchtverbände in einer Weise angegriffen, die nicht unwidersprochen bleiben darf. Herr RR. Ceccon sagte, daß die Verbände, um 36 Millionen Lire zu verteilen, 73 Millionen Lire Verteilungsspesen hätten. Das wird stimmen. Aber wenn man die Sache derart einseitig betrachtet, dann bleibt sie natürlich unverständlich. Die Verteilungsspesen sind eben keine Verteilungsspesen. Diese 73 Millionen Lire beinhalten die ganze Zuchtbuchführung, die Milchkontrolle, die Fettkontrolle, die Punktierung,

die Ausstellung der Stammscheine; das sind die Verteilungsspesen, Herr RR. Ceccon, und den Bauern ist nicht gedient mit diesen 36 Millionen Lire, die man ihnen direkt zuführt, sondern mit dem, was sich durch die Beratung, durch alle diese Maßnahmen, die ich hier angeführt habe, aus der eigenen Viehzucht herausholen läßt. Die paar Lire, die den Bauern direkt zugeführt werden, sind ein kleiner Tropfen auf den heißen Stein.

Der zweite Einwand, daß hier keine Kontrolle vorhanden ist, stimmt, glaube ich, auch nicht. Die einzelnen Viehzuchtverbände arbeiten mit dem Regionalassessorat die Vorschläge aus. Das Regionalassessorat hat die Inspektorate als Außenstellen, die jede Operation der einzelnen Viehzuchtverbände überwachen, so daß die ganzen Belege zuerst über die Buchhaltung in Trient und dann über den Rechnungshof gehen. Wenn man hier noch weitere Kontrollen einschalten möchte, dann würde es vielleicht so weit kommen, daß die Kontrollen mehr kosten, als die Verteilungsspesen ausmachen. Wenn man diese Sache richtig betrachtet und beleuchtet, dann, glaube ich, sind diese sogenannten Verteilungsspesen schon begründet, denn eine Viehzucht ohne die genannten Maßnahmen ist wie eine Uhr ohne Zeiger. Das Werk geht zwar, aber man weiß nie, wie spät es ist. Eine Viehzuchtförderung ohne diese Maßnahmen ist eine Sache der Unmöglichkeit.

ODORIZZI (Presidente G. R. - D.C.): Si sono dette molte cose e mi sembrerebbe di mancare al mio dovere se non tentassi di raccogliere qualche idea e di rispondere agli interventi svolti. Ma consentitemi una proposta di metodo. Il fatto che fu deliberato di non leggere le relazioni in questa sede quando si passa dall'esame dei capitoli di un bilancio ai capitoli di un altro bilancio, ha fatto sì che si è evitata la discussione — quella generalissima, introduttiva, per altre ragioni — mentre poi la discussione di carattere generale salta fuori lo stesso attraverso gli interventi sui singoli capitoli. È molto meglio

ritornare al metodo vecchio, è più organica la discussione, è più produttiva nelle sue conclusioni. Adottiamo un'altra volta di nuovo il criterio di far precedere all'esame del bilancio l'esposizione della relazione e di discutere i temi di carattere generale, per poi passare all'esame dei singoli capitoli; penso che questo sia meglio.

Vinante ha posto una questione che, come è già stato rilevato da altri, impegna ad una risposta. L'osservazione sarebbe questa: Non si farebbe un'opera di giustizia distributiva nell'impiego dei mezzi che sono previsti nei vari capitoli di bilancio. Alla base di alcuni dati che egli ha desunto dalla lettura del bilancio e delle relazioni, forse anche da qualche dato avuto durante i lavori della commissione finanze, Vinante dice « guardate che in questo e questo altro capitolo l'utilizzazione maggiore l'ha potuto fare la Val d'Adige e la Valle di Non, la utilizzazione minore la ha potuto fare la Val di Fassa e di Primiero e così via ». Devo dire una cosa, in genere sono senza dubbio da approvare e da apprezzare con entusiasmo gli sforzi fatti da tutti noi al fine di dare alle nostre discussioni il carattere più concreto e più documentato che sia possibile. Ma, ascoltando, rilevo che spesso i dati raccolti non vengono sottoposti ad una preventiva attenta interpretazione ed è questo che costringe poi chi deve rispondere a riprendere in mano i dati e ad analizzare i temi. Ad esempio, Vinante prende la legge n. 19 sull'irrigazione artificiale, e procede semplicemente alla constatazione di quanto è stato distribuito per vallata, ma ciò non dice niente se non si parte contemporaneamente dalla constatazione delle diverse condizioni idrologiche per vallata. Nelle zone dove la piovosità è eccessiva è inutile pensare ad un sistema di irrigazione artificiale. Un sistema di irrigazione artificiale dovrà essere intensificato nelle zone in cui la piovosità è scarsa o l'acqua a corso naturale è regolata in modo insufficiente e così via. Affrontare questi temi, documentandosi alla base di elementi statistici, di cui è facile ac-

quisire la disponibilità, ma poi vedere anche di approfondire gli elementi in sede tecnica. Noi diciamo subito: non abbiate tema di chiedere informazioni in qualunque sede responsabile, perchè l'indirizzo generale è quello di dare tutti gli elementi da discutere in qualunque occasione, gli elementi di giudizio di cui è opportuno avere le disponibilità. Ma la domanda di Vinante rimane ed è questa: esiste una situazione nella quale traggono maggior profitto coloro che già in partenza hanno maggiori possibilità, rispetto a coloro che ne hanno di meno? Esiste realmente un'ingiustizia distributiva, e c'è qualche cosa da fare per eliminare l'inconveniente? Ora in senso assoluto non si può escludere che maggiori vantaggi, taluni interventi previsti dal nostro bilancio abbiano tratto le zone più pronte e più progredite tecnicamente e più provvedute economicamente. Ma ci dobbiamo chiedere se qualche cosa è stato fatto per impedire che dello stesso beneficio ne tragga profitto la zona meno provveduta. se qualche cosa è stato trascurato perchè la zona meno provveduta possa trarre gli stessi vantaggi delle zone più provvedute, premettendo che questo fenomeno di sperequazione, secondo me, ha proporzioni molto più modeste di quanto non si usi pensare. Ecco che a questa domanda credo di poter tranquillamente rispondere che ciò che si fa da parte delle organizzazioni di categoria, da parte degli ispettorati agrari, e dagli organi dell'Assessorato è prevalentemente diretto proprio alle zone meno provvedute. Dove queste zone non profittano di un'iniziativa o dell'altra vuol dire che esistono delle ragioni che possono essere ricondotte a due categorie: o non esistono le premesse economiche perchè una determinata iniziativa prevista dalle nostre leggi in quelle zone sorga — parlo ad esempio delle cantine sociali, dei caseifici, di impianti di irrigazione e così via — o non esistono le premesse economiche, anche perchè quella economia è piccolissima, e noi andiamo ripetendo che non si devono frazionare i mezzi, ma che si deve tendere ad inizia-

tive possibilmente di vasto respiro; oppure è vero che in quelle tali zone manca lo spirito di iniziativa e di organizzazione. Ma ciò che tranquillizza noi è la certezza che l'opera dei nostri organi e delle associazioni di categoria che sono molto attive nel campo della agricoltura, mi riferisco all'Unione contadini e ad altre organizzazioni, è diretta alla ricerca dell'intervento proprio nelle zone dove maggiore è il bisogno. D'altronde i provvedimenti di applicazione pratica di queste leggi passano, come sapete, tutti attraverso il vaglio e lo studio e la elaborazione di commissioni consiliari o di commissioni tecniche, le quali indubbiamente non mancano di questa sensibilità elementare che è in tutti, di vedere di fare di più dove di più è il bisogno. Se la cosa apparentemente non funziona, questo è dovuto o a circostanze obiettive locali o ad insufficienza dell'iniziativa locale. In ogni caso, può darci conforto il fatto che il progresso è contagioso in senso positivo, e là dove coloro che per tradizione o per minore istruzione o per minore possibilità di contatti con i centri più organizzati sono in fase arretrata e non ne approfittano oggi, ne approfitteranno domani, perchè avranno modo di constatare il progresso fatto dagli altri e quello fa scuola ai fini di trascinare anche coloro che sono più lenti a muoversi in partenza. Ecco perchè non credo che sia il caso di accettare la proposta che lei fa di frazionare i capitoli costituendo sottocapitoli per le zone meno provvedute. Non è il caso, perchè anche lasciando il capitolo come è non si impedisce assolutamente, anzi si cerca l'investimento nelle zone meno provvedute. E il mettere da parte una certa somma non basta a far sorgere la iniziativa là dove questa iniziativa per ragioni soggettive o per ragioni obiettive non può muoversi da sola.

Vinante ha richiesto se c'è un progetto di legge sulla zootecnia. Rispondo senz'altro di sì, questo progetto è stato elaborato dallo Assessorato, ed è in questo momento all'esame tecnico della ragioneria, poi verrà in Giunta per l'esame. Non lo ho ancora visto,

mi basta poter dire che le cose hanno fatto un certo progresso e che questo progetto è stato elaborato, e che sarà sottoposto all'esame della Giunta Regionale, quando fra non molto la Ragioneria avrà concluso il suo studio.

Come proposte pratiche ulteriori il cons. Vinante raccomanda lo studio di zone: non limitarsi a considerare il settore economico agricolo in senso provinciale, spingersi a studiarlo zona per zona. Ma io ritengo che questo anche in gran parte sia stato fatto. So anche che ad opera di organizzazioni provinciali studi territorialmente limitati a zone, a vallate sono stati fatti. È rimasta un po' una cosa a contenuto teorico. È vero che una vallata può essere considerata come un'entità economica, a caratteristiche proprie. È vero però che complessivamente la nostra economia come è, è già territorialmente limitata per cui questo bisogno di frazionare lo studio nel senso da lei detto può essere meno avvertito. Ad ogni modo sottoporremo l'idea a coloro che saranno incaricati dello studio generale nella nostra economia agricola.

Mi pare invece positiva la proposta che ha fatto di tentare di incoraggiare il miglioramento qualitativo delle produzioni del settore lattiero caseario con concorsi a premi. Mi pare un'idea pratica che può realmente servire di stimolo alle organizzazioni del settore a migliorarsi reciprocamente. Quindi è un'idea che sottoporro senz'altro agli organi tecnici dell'Assessorato.

Il cons. Ceccon invece ha fatto l'analisi attenta del settore zootecnico perchè ha tenuto presente che il 39 % del reddito complessivo dell'agricoltura è dato appunto da questo settore e ha condotto un esame che lo ha portato a concludere in sostanza questo, se ho capito bene: le spese che si fanno in questo settore sono rappresentate in maniera sproporzionata da spese di personale, duecento e tante unità, o da spese di gestione e di amministrazione, a detrimento del volume dei contributi che vengono dati agli allevato-

ri per il miglioramento della razza o per altri scopi. Ora, proseguendo nel suo ragionamento il cons. Ceccon chiede anche che l'Assessorato, in questo momento da me rappresentato, dica qualche cosa circa la sua politica zootecnica, avendo l'impressione che manchi un indirizzo zootecnico, dato il fenomeno della diminuzione del patrimonio zootecnico. Incominciando da quest'ultima osservazione devo dirle che è vero che si è avuta una flessione numerica nei capi di bestiame, ma essa è comunque compensata da un miglioramento qualitativo e la diminuzione numerica, secondo gli studi che sono stati fatti, è spiegata dall'incremento della meccanizzazione agricola. Un tempo il bovino era utilizzato, mantenuto, allevato appositamente o prevalentemente per funzioni di lavoro. Oggi la trazione animale va scomparendo e viene sostituita con la trazione meccanica. Abbiamo avuto una notevolissima diffusione di trattori e questo fenomeno ha inciso nel senso della riduzione dei capi di bestiame che avevamo nella zona. Questa riduzione, dovuta in parte a questo fenomeno, ha trovato comunque la sua compensazione nel miglioramento qualitativo del bestiame. Di una politica zootecnica noi abbiamo parlato fin dalla prima legislatura, ed essa si può così riassumere. Noi abbiamo pensato al potenziamento delle organizzazioni degli allevatori quale strumento più adatto a svolgere un'attività di assistenza, di aiuto e di orientamento per la classe degli allevatori. Abbiamo pensato che si deve tendere alla intensificazione dell'attività selettiva. Ecco perciò i nostri controlli funzionali, ecco perciò l'istituzione dei libri genealogici, ecco perciò le mostre, l'organizzazione del settore della fecondazione artificiale, che hanno operato nelle due Province, a Merano per la Provincia di Bolzano, a Rovereto ed a Cles per la Provincia di Trento, in modo dichiaratamente soddisfacente. Abbiamo pensato all'opera di cura del bestiame nelle malattie particolarmente diffuse, la tu-

bercolosi, incontrando qui spese molto rilevanti; abbiamo pensato al miglioramento delle popolazioni bovine attraverso l'acquisto di capi riproduttori particolarmente selezionati, attraverso la graduale sostituzione dei meticci, degli elementi meno validi con elementi selezionati, e con elementi comunque validi. Questa è stata in sostanza la politica, questo è stato l'orientamento e le linee dell'orientamento concretamente pensato e direttamente attuato, di politica zootecnica. Daltronde dobbiamo mettere in evidenza quali sono stati i risultati di questa politica, risultati che io credo di poter senza esitazione dichiarare nettamente positivi. Attualmente dal territorio regionale, dopo questa azione complessivamente svolta, i capi migliorati che vengono esportati, e che rappresentano un reddito che è andato aumentando nel tempo, sono circa 20 mila; la produzione media individuale di latte e delle lattifere è aumentata in questi anni dal 15 al 25%. È in corso in diverse vallate una sistematica difesa sanitaria del bestiame, per cui in questo campo, a giudizio dei tecnici che sono venuti a constatare la nostra azione e ad analizzarla, la Regione si trova addirittura alla avanguardia — ripeto le parole che non sono mie, ma sono parole di coloro che sono venuti e che hanno voluto vedere concretamente come hanno funzionato i servizi tecnici dell'agricoltura nei vari settori, in quello della nostra zootecnia in modo particolare. Fa parte di questo piano tutta l'opera e la azione di miglioramento delle malghe e dei pascoli montani. Attualmente abbiamo all'esame 194 progetti di miglioramento di pascoli montani, pensiamo che buona parte di questi progetti potranno trovare attuazione. Vediamo concretamente l'azione fatta dalle società di allevatori, le condizioni in cui queste società di allevatori hanno operato, i progressi che si sono ottenuti in questo settore, (nella Provincia di Bolzano ad esempio le società di allevatori sono aumentate da 91 a 124). L'or-

ganizzazione ha praticamente rivelato la sua validità attraverso il successo che ha avuto fra gli allevatori; il numero dei soci è aumentato del 50% in questi ultimi anni. Questo però per la razza bruno alpina. Per la razza grigio alpina abbiamo avuto un incremento ancora maggiore non delle società (da 42 a 79) ma nei soci. La federazione degli allevatori della razza Pinzgau ha visto salire negli ultimi anni da 19 a 75 le società di allevatori, ed il numero dei soci da 258 a 1281, 5 volte tanto. Così valga per le società di allevatori delle razze equine, di cui non leggo i dati per brevità. Altrettanto è avvenuto, non sto a riferire le singole cifre, anche nella Provincia di Trento. Ora quale attività fu svolta da quelle società? Non so se lei ha a disposizione un apposito allegato alla relazione del bilancio. Furono controllati — e lo dico per arrivare ad una sicura conclusione — 7737 stalle; riveduti per l'iscrizione all'albero genealogico — ci sono i dati regionali che si estendono all'una e all'altra provincia — 36.863 capi di bestiame; a controlli funzionali furono sottoposti 25.195 capi, poi l'iscrizione all'albero genealogico delle altre specie e così via.

I centri di fecondazione artificiale di Trento e di Rovereto hanno dal 1954 al 1958 pressochè raddoppiato i loro interventi: da 7 mila a 11.133 interventi. Per la lotta contro la sterilità sono stati istituiti ex novo 56 ambulatori, che sono serviti agli allevatori. Poi si è intensificata la lotta contro la T. B. C. Nella Val Rendena, e nella conca di Tione, i capi sottoposti a prova, curati, guariti 6500, abbattuti 170 capi risultati inguaribili. Poi ci sono zone in Val di Sole e in Val di Non, in Val di Fiemme che stanno muovendosi con lo obiettivo del risanamento integrale. In provincia di Bolzano, l'attività ha proceduto con lo stesso ritmo, anzi con ritmo più accentuato. Particolarmente la lotta contro la T. B. C., secondo i dati, che non voglio riferire per ogni singola associazione, è stata veramente intensa. I capi fatti crescere ora sotto questa serie di interventi e di controlli tecni-

ci e di assistenza, vengono venduti ad un prezzo del 25% superiore alla media praticata anni fa. La produzione media del latte è aumentata di circa il 10% per la razza grigio alpina, del 25% per la razza bruno alpina. La taglia dei soggetti presi in esame e sottoposti ai controlli ed ai trattamenti igienici è migliorata. Con i piani di lotta contro le malattie si ottengono dei risultati soddisfacenti; parecchi centri importanti di allevamento in Provincia di Bolzano e in Provincia di Trento sono stati dichiarati esenti da tubercolosi. La lotta è riuscita ad eliminare totalmente la malattia. Ora vede che non si può parlare di assenza di una politica dell'azione zootecnica e non è esatto il ritenere che i risultati non siano sensibili. Quella tale sproporzione che, così, alla lettura delle cifre, può apparire reale, fra le spese dovute a compensi al personale ecc. rispetto ai fondi destinati a contributi, si spiega appunto con questo metodo di interventi; è un metodo di assistenza, un metodo di interventi e un metodo di penetrazione capillare nelle vallate, ad opera dei tecnici e ad opera delle società degli allevatori di bestiame. Così penso di averle dato qualche elemento che può essere più soddisfacente delle impressioni che lei qui ha esposto.

Ringrazio Dalla Rosa per quanto ebbe a dire; egli è un tecnico e quindi chiudo subito la mia bocca.

Corsini si è rifatto al fenomeno della disoccupazione e dice: evidentemente la vostra politica si è rivelata inefficace, il fenomeno della disoccupazione permane, anzi forse si aggrava in provincia di Trento. Ora guardi, cons. Corsini, anche in questo caso i dati numerici della disoccupazione non sono i soli dati da esaminare. Bisogna vedere che cosa ha significato ai fini dell'occupazione il vasto campo degli interventi regionali, bisogna chiedere che cosa avverrebbe nel campo della disoccupazione se mancassero gli interventi regionali. Lei si accorgerebbe allora quali conseguenze veramente preoccupanti si verificherebbero. Che il fenomeno della disoccu-

pazione non sia stato totalmente dominato, anzi che sia stato dominato soltanto nel senso dell'assorbimento delle nuove leve annuali di lavoro, può essere deprecabile. Certamente tutti possiamo augurarci che si trovi il mezzo di comprimere ancora di più questo doloroso fenomeno del nostro vivere sociale. Ma fra il dire questo e arrivare alla conclusione che l'opera è stata ed è inefficace, ci corre moltissimo. Bisogna andare a chiederlo alla nostra gente, alle nostre popolazioni. Settore dell'agricoltura: l'affermare che non c'è stato un incremento di reddito nell'agricoltura è non tener presente assolutamente la realtà. Ho dati gli elementi che riguardano il settore della zootecnia in questo momento, ma che dire del settore vitivinicolo, dove si sono visti raddoppiati i dati di produzione? E che dire di altri settori? È valido il concetto che si debba tendere al miglioramento qualitativo, ma la nostra opera e quella dell'Assessorato è tutta tesa a questa finalità. Probabilmente il cons. Corsini ha potuto vedere le creazioni di vivai che operano egregiamente, con totale soddisfazione dei viticoltori. Nel campo vinicolo avrà visto la carta vitivinicola che si propone di dare i criteri e gli orientamenti per il miglioramento qualitativo della produzione. Così nel settore frutticolo. E viene fatta una costante opera di miglioramento delle colture; il contadino sente il bisogno di muoversi in questa direzione. Non si muove con la celerità che sarebbe forse augurabile e questo è un problema, perchè fin che si tratta di sostituire una coltura annuale con un'altra coltura annuale è subito fatto. Si omette di coltivare la segala, che rende pochissimo e si introduce, se la zona e l'altitudine lo consentono, la patata da seme o altro. Per la coltura annuale questo è facile. Ma il contadino si trova di fronte a terribili problemi quando deve sostituire colture che richiedono anni per arrivare a dare il prodotto. E questo è in modo particolare nel settore viticolo e frutticolo. Ma è certo che tutta l'opera dell'Assessorato, la creazione di vivai, i corsi di istruzione, l'attività di pubblicazione di giornali tecnici, è tutta in

questo senso. Noi sappiamo benissimo e i contadini sanno benissimo che la difesa della agricoltura sarà una difesa di qualità.

Noi sappiamo benissimo che nel mercato comune sul terreno della quantità potremo essere battuti in ogni momento, basti pensare alla Francia, alle immense aree aperte all'agricoltura in Francia e che noi non abbiamo, costretti come siamo ad andare a redimere alla coltivazione anche quel metro quadrato, quel fazzoletto da naso di suolo, che vediamo sparso sulle nostre montagne. Il fenomeno della fuga dalla montagna: anche qui va visto in quella realtà sociale che è inarrestabile. Diceva giustamente Paris stamane, mi pare, che la vita oggi è organizzata in modo tale che la gioventù trova mille ragioni per muoversi verso i centri urbani. Intanto la facilità delle comunicazioni, la vita militare stessa comincia con il metterli a contatto con un mondo più ampio dove si respira meglio, dove c'è più facilità di imparare, di conoscere e di vivere, di divertirsi magari; la facilità delle comunicazioni, il fatto che il reddito dell'industria pro capite, quando si tratti di operai, soprattutto di operai che raggiungono un certo grado di qualificazione e specializzazione, è indubbiamente molto superiore al reddito che può una singola persona ricavare dal modesto lavoro dei campi. Tutto questo ha una sua azione in senso progressivo nella riduzione della popolazione che vive in montagna, rispetto alla popolazione che viene a vivere in città; tutto questo è inarrestabile, è un fenomeno che può solo essere contenuto, un fenomeno che può essere in un certo senso frenato, ma non di più. I nostri provvedimenti li facciamo soprattutto nella convinzione che comunque dell'agricoltura avremo sempre bisogno, e che l'agricoltura è un grande vivaio di energie intellettuali e morali. Corsini è un appassionato di studi della nostra storia, guardi un po' quante energie intellettuali sono venute dalla campagna, più fresca, più sana moralmente e intellettualmente. Io sono un fervente sostenitore dell'indirizzo che il consigliere Corsini

praticamente ha espresso, cioè di vedere di arrestare questa fuga dalle campagne, anche per la sua significazione morale. Poi c'è stato qualche cosa nell'intervento di Corsini che, forse perchè ci sono limiti di tempo, non è giunto ad una conclusione. Gli è sembrato cioè di dover constatare un eccessivo investimento nel settore dell'agricoltura rispetto ad altri investimenti, ma poi nella conclusione è arrivato anche lui, come stamane il cons. Vinante e come altri Consiglieri, a dire che anche in agricoltura bisogna intensificare lo intervento, piuttosto che ridurlo, anche al fine di arrestare il fenomeno dello spopolamento della montagna. Ha definito l'agricoltura un grande ammalato. No, non posso riconoscere che la nostra agricoltura sia un grande ammalato. È un settore economico che ha bisogno di essere agevolato nella sua evoluzione tecnica e produttiva, ma dimenticherei tutto quello che ho letto ed appreso in materia, non tecnica, se accettassi la definizione dell'agricoltura come un grande ammalato. Nello studio sull'industrializzazione diretto dal prof. Toschi, lei trova un valutazione complessiva della nostra economia che mi ha fatto molto piacere. Questa conclusione dice: « non dite che la nostra economia sia una grande ammalata, la nostra economia è un'economia sana, anche se ha bisogno di interventi e di aiuti », questo si capisce, è sana anche l'economia agricola; e mentre non trovo assolutamente di dover dire nulla contro l'efficacia e l'utilità dell'opera delle associazioni agrarie di prima della guerra del 1914-1918, voglio che sia riconosciuto storicamente, che se allora sono stati fatti dei progressi nel settore agricolo molto apprezzabili, i progressi che si sono fatti in questi ultimi 15 anni sono di gran lunga superiori. Un giudizio comparativo può essere fatto in ogni momento. Valutiamo positivamente la opera di allora, inchiniamoci a quei pionieri che operavano in condizioni molto più difficili delle attuali, ma riconosciamo la realtà: indubbiamente si è molto meglio progredito in questi ultimi anni, che non in quegli anni là. Mi ha chiesto concretamente se lo

stanziamento per la lotta contro le malattie è diviso per province in ragione del 50 %. Chiedo in questo momento a colui che operava al mio fianco perchè non saprei rispondere.

KESSLER (D.C.): Non è così!

ODORIZZI (Presidente G.R. - D.C.): Non è così, evidentemente, perchè la situazione sarà diversa. Non so dire se è vero che esistono dieci milioni da parte del Ministero della Sanità in favore della Provincia di Bolzano per questo settore. Sono notizie che possono essere date a parte, quando saranno state accertate. Non sono in grado di rispondere immediatamente, comunque se è vero vorrà dire che ci saranno state ragioni particolari, non penso che ci sia stata un cosciente volontà di favorire solo Bolzano, ci saranno state evidentemente delle ragioni. Così mi pare di avere, un po' brevemente, come era previsto, risposto ai vari interventi del pomeriggio. A tutti ripeto l'invito e l'esortazione che vale naturalmente per il bilancio degli anni prossimi, di ritornare al metodo della discussione generale che particolarmente consente una più organica visione dei vari temi, e consente una maggiore speditezza nella votazione dei singoli articoli.

(Assume la presidenza il Presidente Magnago).

KAPFINGER (S.V.P.): Ich ergreife nur ganz kurz das Wort, weil ich mehr oder weniger direkt aufgerufen worden bin, eine Antwort zu geben. Ich behalte mir vor, später noch in ausführlicherer Weise zur Bilanz des Landwirtschaftsassessorates zu sprechen. Es ist da eigens gefragt worden, ob bei den Zuweisungen aus dem Kapitel « Difesa malattie piante », also « Bekämpfungsmittel gegen Pflanzenschädlinge », die genau 50 %ige Aufteilung auf beide Provinzen erfolgt ist. Ich habe mit dem Kopf Nein geschüttelt, und zwar aus dem Grunde, weil in der Provinz Bozen die Organisierung der Hagelabwehr

wesentlich weiter vorgetrieben ist und weil hier auch unvergleichlich mehr Werte zu schützen sind, denn in der Provinz Trient haben wir nicht diese so ausgedehnten, einheitlichen Obstbaukulturen wie in der Provinz Bozen. Selbstverständlich ist die Kompensation auf anderen Gebieten erfolgt und die Bilanz des Landwirtschaftsassessorates ist genau zu 50 % auf beide Provinzen aufgeteilt. Die Provinz Trient hat besondere Bedürfnisse im Sektor der künstlichen Besamung, der Errichtung entsprechender Zentren, vor allem in Rovereto, als Notwendigkeit vorausgeschickt und dann Verbesserung im Weinbau und zum Teil in der Neuanpflanzung von Obstanlagen angemeldet. Dort sind wesentlich mehr Mittel für die Provinz Trient bereitgestellt worden und dadurch ist der Ausgleich geschaffen worden.

Ich wiederhole noch einmal zusammenfassend: die Bilanz ist genau zur Hälfte auf die Provinzen Trient und Bozen aufgeteilt worden.

PRESIDENTE: Poniamo ai voti il cap. 58: maggioranza favorevole, 1 contrario, 2 astenuti.

Cap. 59. È posto ai voti il cap. 59: unanimità.

Cap. 60. È posto ai voti il cap. 60: unanimità.

Cap. 61. « Spese, contributi, sussidi per l'intensificazione della lotta contro le malattie del bestiame in genere - L. 40 milioni ».

THEINER (S.V.P.): Ich habe schon bei früheren Bilanzdebatten zum Kapitel Rinderkrankheiten Stellung genommen und nachdem diese Sache nunmehr in ein akutes Stadium getreten ist, fühle ich mich verpflichtet, die Herren Regionalräte hierüber in Kenntnis zu setzen. Ich möchte vorerst den Stand der Bekämpfungsmaßnahmen gegen die Tuberkulose, wie weit er in der Provinz Bozen gediehen ist, bekanntgeben. Die Daten der Provinz Trient, glaube ich, hat schon Herr

Regionalausschußpräsident Dr. Odorizzi vorhin mitgeteilt. In der Provinz Bozen haben wir mit der Bekämpfung im Jahre 1955 begonnen und seit damals jährlich 1300 Stallungen mit 87.000 Stück Rindvieh untersucht. Insgesamt haben wir vom 1. Januar 1955 bis 30. Juni 1958 40286 Stallungen mit 255882 Stück Rindvieh und 16968 Stück Ziegen untersucht.

Der Stand der tuberkulosefreien Stallungen in der Provinz Bozen am 30.6.1958 beträgt 57,3 %, wohlgemerkt in den Zuchtgebieten. Freie Talschaften sind: die Zone Obervinschgau, das ist von Reschen bis Schlандers, und das Ultental. Also diese zwei Täler sind von der Tuberkulose vollständig freigemacht worden und alle Züchter besitzen heute in diesen Tälern das staatlich anerkannte Tuberkulosefrei-Zeugnis ihres Stalles. Laut Befund hätten wir in der Provinz Bozen noch ca. 5-6000 Stück Rinder mit Tuberkulose, welche in nächster Zeit abgesetzt werden müssen. Technisch wäre es möglich, diese 6000 Stück Reagenten, also mit Tuberkulose angesteckte Rinder, in zwei Jahren abzusetzen, wenn die nötigen Geldmittel dazu vorhanden wären. Die Differenz zwischen Zuchtpreis und Schlachtpreis beträgt im Durchschnitt 50.000 Lire pro Stück. Wenn wir also 6.000 Stück mal 50.000 rechnen, so wäre eine Summe von 300 Millionen Lire erforderlich, welche in zwei Jahren aufgebracht werden müßte. Nun, einen Teil des erforderlichen Betrages trägt ja der Viehbesitzer selbst, aber der andere Teil muß mit öffentlichen Mitteln irgendwie gedeckt werden. Meine Herren Regionalräte, es wäre, glaube ich, unverantwortlich, wenn wir wegen Fehlens der Mittel diese Aktion noch länger hinauszögern wollten. Wir haben absolut keine Zeit mehr zu verlieren. Mancher wird vielleicht sagen, der Gemeinsame Markt ist noch nicht da. Ja, er ist noch nicht da, aber er wird kommen und wir haben nicht nur die Tuberkulose, sondern auch die Bangseuche zu bekämpfen, was ebenso lang dauern und ebenso viel öffentliche Mittel in Anspruch nehmen wird wie die Be-

kämpfung der Tuberkulose. Wir können also diese Sache nicht mehr länger hinausschieben, wenn wir nicht den Anschluß an den Gemeinsamen Markt verlieren wollen, und dann auch schon aus gesundheitlichen Gründen. Ich glaube, es ist der Gesundheit der Menschheit zuträglicher, wenn wir ihr eine gesunde Milch zuführen können, als wenn sie eine kranke Milch, auch pasteurisiert, aber durch die Pasteurisierung ihrer besten Vitamine beraubt, genießen muß. Andererseits bedeutet es für den Bauern und den Viehzüchter den wirtschaftlichen Tod, wenn wir nicht imstande sind, seine Bestände bis zur Liberalisierung des Marktes freizumachen. Wir brauchen nur zu bedenken, daß die uns umgebenden Staaten heute schon frei von Tuberkulose sind und die Bangseuche schon vor uns bekämpft haben und daher schon ein gutes Stück Weg zum Erfolg zurückgelegt haben. Wir hier stehen mitten in der Bekämpfung der Tuberkulose und haben die Bangseuche überhaupt noch nicht in Angriff genommen. Infolgedessen betone ich nochmals: es ist keine Zeit zu verlieren!

Zu erwähnen wäre hier auch das Staatsgesetz Nr. 1367 vom 27.11.1956, welches 80 Millionen für die Region zu diesem Zweck vorsehen würde. Aber leider wurde dieses Gesetz vom Rechnungshof nicht registriert und infolgedessen kann es in unserer autonomen Region keine Anwendung finden.

REGIONALRAT: Der Betrag ist nicht registriert.

THEINER (S.V.P.): Ja, der Betrag ist nicht registriert. Ich weiß nicht, ob man es machen kann, daß dieser registriert wird oder nicht. Bis heute jedenfalls ist das Resultat negativ und somit ist heute ausschließlich die Region dafür zuständig, die erforderlichen Mittel aufzubringen. Wir können auch dem einzelnen Bauern nicht zumuten, daß er diese Schäden allein auf sich nimmt, denn das ist ein Ding der Unmöglichkeit für einen Bergbauern, der heute zum Leben zu wenig und

zum Sterben zu viel hat und von allen Kategorien, die wir in unserer Region haben, unbedingt den niedrigsten Lebensstandard aufzuweisen hat.

Ich möchte jetzt noch zwei Worte über das so viel besprochene Beitragsproblem verlieren. Meine Vorredner, speziell Herr Ing. Plaikner, haben die Sache ja gründlich gebracht, ich möchte aber doch noch betonen, daß es heute auch Gebiete gibt, bei denen, wie vorhin schon erwähnt wurde, es sich überhaupt nicht mehr rentiert, die Landwirtschaft irgendwie zu fördern. Ich könnte Ihnen auch ein spezifisches Gebiet, den obersten Vinschgau, nennen, in dem durch die Errichtung der Elektrizitätswerke die Bergbauernwirtschaft so schwere Eingriffe erlitten hat, daß eine Förderung auf landwirtschaftlichem Gebiete nicht mehr rentabel erscheint. Es müssen hier andere Mittel in Anwendung gebracht werden, um die Leute überhaupt noch auf ihren Höfen zu halten. Ich kann Ihnen versichern, daß da oben — man wird es vielleicht im ganzen Land nicht so feststellen können wie gerade dort — die Landflucht im besten Gange ist. Bei uns wandern jährlich Hunderte und aber Hunderte von Menschen in die Schweiz ab, um Arbeit zu suchen, weil diese Leute, die in der Landwirtschaft heute nur mehr halb oder überhaupt nicht mehr beschäftigt sind, keine andere Arbeit und keinen Verdienst in der Heimat bekommen können.

Um dieses Problem irgendwie zu meistern, gäbe es verschiedene Möglichkeiten; wir haben sie alle schon hier besprochen. Die erste ist die eigentliche Tierzuchtförderung, sei es in qualitativer, sei es in leistungsmäßiger Hinsicht und besonders in gesundheitlicher Hinsicht. Denn wenn wir unsere Viehbestände aus kranken Tieren aufbauen, dann bedeutet das verlorene Zeit, verlorene Arbeit und unnütz ausgegebene öffentliche Mittel. Zweitens haben wir heute in diesen Berggebieten vielfach noch keine richtige Verwertung des Hauptproduktes, das aus der Landwirtschaft

abfällt, und das ist die Milch. Wir haben vielfach noch überhaupt keine Sennereien. Wir haben hier meist kleine veraltete Betriebe, die hygienisch absolut nicht mehr einwandfrei sind; infolgedessen ergibt sich die Notwendigkeit, große moderne Betriebe für eine ganze Talschaft aufzubauen. Auch das wäre eine Maßnahme, durch die wir unseren Bergbauern finanzielle Hilfe leisten könnten. Die dritte Maßnahme wäre die Förderung des Fremdenverkehrs. Ich spreche hier wiederum von meiner engeren Heimat, von dem obersten Vinschgau, wo die Bauern, wie ich schon vorhin betont habe, zum Leben zu wenig, zum Sterben aber trotzdem noch zu viel haben. Es gibt da oben Gebiete, die heute noch unerschlossen sind, wie z. B. das schöne Raintal, wo im Mai noch der herrlichste Schnee zum Skifahren liegt. Warum ist dieses Gebiet noch unerschlossen? Weil keine modernen technischen Mittel es bis heute zugänglich gemacht haben. Es braucht Seilbahnen und Skilifte. Auch das herrliche Ortlergebiet könnte ebenfalls durch den Fremdenverkehr einen Wohlstand für das ganze Tal bringen. Man sagt zwar, die bäuerliche Bevölkerung habe nichts von der Fremdenverkehrswerbung. Das ist aber gar nicht wahr. Viele Arbeitskräfte können in der Fremdenindustrie, wenn sie intensiv aufgebaut ist, Verwendung finden. Die Milch kann zu besseren Preisen abgesetzt werden, der eine oder andere hat Zimmer zu vermieten, er kann sie zu guten Preisen während der Saison vermieten. Also hat Fremdenverkehr auch in der Landwirtschaft eine gewisse Bedeutung. Die vierte Maßnahme betrifft die Industrialisierung auf dem Lande, von der vorhin schon gesprochen worden ist. Industrialisierung auf dem Lande kann man selbstverständlich am besten dort aufziehen, wo die Rohprodukte schon vorhanden sind. In der Provinz Bozen haben wir ein gutes Rohprodukt, und zwar das Holz. Und wenn wir Holzverwertungsindustrien, Tischlereibetriebe und vieles andere was mit der Holzverwertung verbunden ist, aufziehen, so kann viele überschüssige Ar-

beitskraft aus der Landwirtschaft in diesen Industriebetrieben Verwendung finden.

Wir werden uns in nächster Zeit erlauben, verschiedene Projekte in dieser Hinsicht einzubringen, und ich möchte schon jetzt die Herren Regionalräte und insbesondere den Regionalausschuß bitten, für diese Projekte wohlwollendes Verständnis aufzubringen. Ich glaube, es wäre ein Akt sozialer Gerechtigkeit, wenn man gerade dieser Kategorie von Menschen, den Bergbauern, eine großzügige Hilfe angedeihen ließe. Der Worte über das Bergbauernproblem, meine Herren Regionalräte, sind in den letzten Jahren genug gesprochen worden. Lassen wir nun endlich Taten folgen! Ich glaube, es würde uns allen im Herzen wehtun — auch dann, wenn die Förderung der Bergbauernwirtschaft unrentabel ist — wenn wir in nicht allzulanger Zeit verlassene Höfe, verödete Felder und Täler ohne Menschen finden würden. Und stellen wir uns vor, wie der Fremdenverkehr aussehen würde ohne diese Bevölkerung, die heute noch auf den obersten Höfen und in den entlegensten Tälern durchhält.

Infolgedessen möchte ich alle hier bitten, für dieses Problem besonderes Verständnis aufzubringen, damit wir auch dieser ärmsten Kategorie das Leben für die Zukunft einigermaßen erträglich gestalten können.

PRESIDENTE: Pongo ai voti il cap. 61: unanimità.

Cap. 62. È posto ai voti il cap. 62: maggioranza favorevole, 1 astenuto.

C'è la proposta della Commissione di un cap. 62 bis, accolta anche dalla Giunta: « Spese per il corredo, l'equipaggiamento e l'armamento del personale di sorveglianza forestale - L. 250 mila ». È posto ai voti il cap. 62 bis: maggioranza favorevole, 1 astenuto.

Cap. 63. È posto ai voti il cap. 63: unanimità.

Cap. 64. « Spese per l'equipaggiamento del personale di sorveglianza della caccia e

della pesca - L. 250.000 ».

VINANTE (Segretario questore - P.S.I.): Chiedo la parola per una chiarificazione, per lo meno per una dichiarazione da parte del Presidente della Giunta e precisamente per quanto si riferisce alla famosa legge sulla caccia e sulla pesca. Abbiamo già chiesto ripetute volte in questi dieci anni, una volta per lo meno ogni anno. Ci sono state date delle assicurazioni che il provvedimento sarebbe stato portato a termine, che è stata costituita un'apposita commissione che ha lavorato, mi pare, un po' di tempo sul Bondone; ha fatto qualche cosa? Non lo so. L'assessore Kapfinger già nello scorso anno aveva promesso che in questo campo si sarebbe senz'altro affrontato il problema, che la nuova legge, sia sulla caccia che sulla pesca, è nuovamente rimessa allo studio e che sperava, malgrado i contrasti esistenti fra le due Province, di poterla senz'altro portare a termine. Ora ripeto la domanda e rivolgo nuovamente al signor Presidente della Giunta, visto che l'Assessore Kapfinger non può più assumere impegni, voglio rivolgere al Presidente della Giunta la domanda e rinnovarla per sentire da lui se di questo problema è a conoscenza, il che non metto in dubbio perchè non può sfuggire nessun argomento al Presidente della Giunta, ma come lui vede questo argomento, come vede la possibilità, quale è il suo intendimento, se è quello di portare e incitare nuovamente questa commissione, che credo sia costituita, a varare ed a presentare questo progetto, che è di interesse notevole per gli amanti della caccia e della pesca che continuano ad essere in aumento. Per i cacciatori ed i pescatori la cosa ha una notevole importanza. Perciò vorrei proprio sentire da lei come eventualmente vede questo problema, che possibilità ha di riuscire e in quali termini vede la possibilità di una soluzione del problema.

ODORIZZI (Presidente G. R. - D.C.): Quando assunsi l'incarico di Presidente del-

la Giunta Regionale, uno dei primi giorni in cui mi trovai a lavorare nella sede in cui lavoriamo anche oggi, passai naturalmente in rassegna il quadro delle possibilità legislative accordate alla Regione per fare un certo programma. Mi parve allora che doveva essere facilissimo impostare subito da un canto la legge per l'applicazione dell'art. 63, cioè la legge introduttiva dell'imposta regionale sull'energia elettrica, e dall'altro la legge sulla caccia e sulla pesca. Mi sembrava che dovesse essere una cosa molto facile. La prima legge l'abbiamo immediatamente elaborata e votata e ci riuscimmo; l'altra legge è ancora in cammino. Commissioni ne furono nominate più di una, che operarono, credo anche con serietà di intenti; ma poi l'applicazione del principio democratico vuole che si raccolga sul disegno di legge anche il parere delle categorie interessate; si andò a sentire le associazioni di cacciatori e di pescatori di cui non faccio parte, ed ogni volta che il tema fu portato ed esaminato le associazioni mostrarono una grande perplessità e molti dissensi. L'aspirazione sarebbe di trovare delle soluzioni che raccogliessero il consenso un po' di tutti, ma questa aspirazione, secondo me, si è dimostrata irragionevole. Se attendiamo di avere a disposizione un disegno di legge che sia stato concordato con le categorie interessate non legifereremo mai. A mio modo di vedere bisognerà fare il punto sulle materie di dissenso, decidendo di autorità, ed è quello che spero che si possa fare nel corso di questo anno. Ho preso nota della segnalazione e della rinnovata richiesta, capisco che se in dieci anni, essendoci affidati a organi esterni all'amministrazione nel desiderio di trovare democraticamente una soluzione di più largo consenso possibile, se lo esperimento fatto in questi dieci anni non ci ha portato a conclusione, evidentemente vuol dire che questa lodevole aspirazione di intento democratico praticamente non è molto produttiva, per cui ripeto che bisogna decidere d'autorità in sede regionale. Ho preso nota della cosa, sperando di poterla fare an-

che se già la materia legislativa per questo anno è già molto abbondante.

PRESIDENTE: Poniamo ai voti il cap. 64: unanimità.

Cap. 65. È posto ai voti il cap. 65: unanimità.

Cap. 66. È posto ai voti il cap. 66: unanimità.

Cap. 67. È posto ai voti il cap. 67: unanimità.

Cap. 68. È posto ai voti il cap. 68: unanimità.

Parte Straordinaria.

Cap. 99. È posto ai voti il cap. 99: maggioranza favorevole, 1 astenuto.

Cap. 100. È posto ai voti il cap. 100: unanimità.

Cap. 101. È posto ai voti il cap. 101: unanimità.

Cap. 102. « Spese e sussidi per la ricomposizione particellare e per il riordino definitivo in convenienti unità fondiari delle piccole proprietà frammentate ». C'è la proposta della Commissione, accolta dalla Giunta, di ridurre da 1 milione a 750 mila lire lo stanziamento.

VINANTE (Segretario questore - P.S.I.): Scusi Presidente, per dichiarazione di voto. Voto contro questa richiesta di diminuzione perchè vuol dire rinunciare a un problema di notevole importanza. Sì, il significato nella cifra può essere, come asserisce l'Assessore Kessler, però ha un'indicazione, vuol dire che se prima aveva poca importanza, oggi non ne ha nessuna. E tenuto conto anche degli esperimenti fatti in altri luoghi, dove si sono avuti risultati positivi, abbiamo sentito dichiararlo stamane, penso che viceversa è un argomento da prendere in seria considerazione per fare per lo meno qualche esperimento in qualche zona limitata. È un problema difficile, noi lo ve-

diamo, le difficoltà saranno create dagli agricoltori stessi, ma quando noi potremo dimostrare che effettivamente è realizzabile gradualmente nel periodo di lunghi anni, non ha importanza, non è un problema che si possa affrontare e risolvere ipso facto, bisogna avere delle possibilità notevolissime, capitali ingenti e tempo a disposizione, ma mi pare che qui è in provincia anche si voglia proprio rinunciare totalmente ad affrontare il problema della commassazione, dell'unificazione, delle possibilità delle unità colturali. Per questa ragione voto contro la diminuzione di questo capitolo.

PRESIDENTE: Pongo ai voti il cap. 102: maggioranza favorevole, 4 contrari.

Cap. 103. È posto ai voti il cap. 103: unanimità.

Cap. 104. Per memoria.

Cap. 105: « Contributi per la costruzione, l'acquisto, la sistemazione e l'attrezzatura di stabilimenti e magazzini per la lavorazione e conservazione di prodotti agricoli e zootecnici » - Lire 500.000.000.

PREVE-CECCON (M.S.I.): On. Presidente, on. Assessore, la nostra produzione agricola, se noi la consideriamo con quella che è stato la evoluzione dei tempi, abbiamo visto che ha incontrato successivi mutamenti. Per noi sorge il problema se questi mutamenti sono stati spontanei o determinati da leggi economiche, da leggi che si trovano ad operare al di fuori della terra. Abbiamo visto ad un certo momento la vite estendersi sulle colline e sulla pianura, ad un certo momento la vite si è ritirata dalle colline e dalla pianura e si è diffusa la frutticoltura. Poi altri segni premonitori, vediamo l'industrializzazione della frutticoltura ed assistiamo anche nella nostra terra alla ricerca, alla rincorsa disperata di barbatelle di viti, vediamo lo strano fenomeno che ogni anno registriamo alla fiera di S. Giuseppe in provincia di Trento dove continuamente i camions risalgono dalle pianure venete e portano barba-

telle. Gli agricoltori scendono dalle valli, le comperano, le trapiantano nell'ambiente naturale, forse non idoneo, comunque c'è la ricerca disperata della vite in confronto della frutticoltura. C'è da chiedersi, on. Presidente, se noi attualmente, di fronte al mercato comune che sta per avanzare, conduciamo una politica in questo senso rispondente alle esigenze e alle richieste. Penso che dobbiamo attentamente meditare quelle che sono state le considerazioni tratte dal segretario del Comitato nazionale ortofrutticoli, il quale in una sua relazione al Ministero ha scritto: « *Ciò che si esporta per quello che negli altri paesi non si produce oppure lo si produce con ritardo* », e continua testualmente « *solo per le mele la nostra produzione entra in concorrenza diretta, quasi continua, con le produzioni indigene dei paesi produttori e se in epoca prebellica essa era basata sulla qualità con le rinomate produzioni dell'Alto Adige, in epoca postbellica siamo passati ad una concorrenza di quantità e di prezzo. Ciò ci ha prodotto tutta una serie di ritorzioni facendo sorgere o acuendo molti e non facili problemi interni oltre che di commercio con l'estero* ».

Ma sono anche altre considerazioni dello stesso segretario che noi dobbiamo attentamente vagliare, in quanto in successivi incontri e riunioni avuti con i rappresentanti del commercio internazionale, con i produttori ortofrutticoli internazionale, si era, dopo attente analisi di tabelle di produzione, stabilita una dieta, che venne definita « *dieta di tipo mediterraneo* », e in funzione della quale le singole colture e coltivazioni dei singoli paesi che del Mercato comune entravano a far parte, dovevano uniformarsi e in base alle risultanze delle quali i singoli Paesi dovevano propendere nelle loro colture. Per questa « *dieta di tipo mediterraneo* » il segretario degli ortofrutticoli italiani trova queste parole: « *Le tabelle normalmente compilate ci indicano ad esempio che il livello della disponibilità pro capite della frutta fresca tende ad omogeneizzarsi ed a raggiungere e superare nei paesi del M.E.C. quel livello dei 60*

kg. annui, stimato nell'immediato dopoguerra come il primo traguardo da conseguire con un'azione comune internazionale. Un pò più arretrata è rimasta la Francia ma recupererà presto lo svantaggio mentre l'Italia ha avanzato più degli altri. E tale avanzamento è destinato a rimanere e ad accrescersi ancora per un certo tempo, per lo squilibrato tasso dell'incremento produttivo annuo postbellico prodotto dalla espansione a valanga degli impianti delle pomacee. Un grosso controsenso in rapporto anche ad una politica di razionale integrazione produttiva europea, il quale è derivato dall'assenza di un coordinamento all'interno per lo scioglimento dell'UCAPO ed anche internazionalmente, per la mancata costituzione dell'organo di coordinamento europeo proposto e fatto approvare in linea di massima nella riunione FAO a Roma nel 1947 ». Ed anche in questa parte della relazione troviamo un avvertimento, un campanello d'allarme per quella che può essere ancora la propensione colturale in questo preciso settore delle pomacee.

Ed allora, onorevole Presidente, stabilito questo, ed accettato per buono quello che il tecnico ci propone, io mi permetto di ribadire ancora quel concetto precedentemente esposto, cioè di chiedere anche qui, anche in questo particolareggiato settore, quella che può essere la politica dell'Assessorato della agricoltura. Per politica, on. Presidente, non intendo tanto sapere quanto in più le piante di mele producono di dieci anni fa, e quanti milioni riescono a capitalizzare i produttori di mele, ma intendo veramente nel significato pieno quello che la parola « *politica* » significa, quello che la parola « *politica* » intende. Ed a questo preciso riguardo mi permetto di osservare che tutti i cittadini italiani sono regolarmente vaccinati, come si fa per il bestiame bovino ma questo fatto non significa che questa è la politica del prossimo Ministero della Sanità. Politica comprende e significa ben tutt'altra cosa e significato, significa in questo particolare settore sapere se a noi convenga ancora permettere l'esten-

sione della frutticoltura, se ci dobbiamo limitare, se dobbiamo ancora permettere la estensione dell'impianto della vite. Questo e solo questo può essere inteso come politica economica.

Per quanto riguarda questo particolare capitolo, al quale ho voluto premettere queste brevissime ed anche in certo senso disordinate considerazioni, mi permetto ora di addentrarmi in un'analisi di quelle che sono le capacità ricettive dei nostri magazzini, e della politica che si è seguita fino a questo momento nel costruirli o nel concedere contributi per la loro costruzione. Vediamo un po' la ripartizione del territorio delle due Province per zone. Provincia di Bolzano, zona della Val Venosta: magazzini n. 26, nella Val d'Adige, da Lagundo a Bolzano, magazzini n. 90, bassa Atesina, compresi Laives e Salorno, magazzini n. 71, Oltre Adige magazzini n. 16, valle dell'Isarco magazzini 7, totale 210 magazzini in provincia di Bolzano. Nella provincia di Trento: zona Arcense 7 magazzini; nella Valsugana con capoluogo Borgo, 8 magazzini; Valle di Non e Val di Sole 154 magazzini; zona di Rovereto 3 magazzini; zona di Trento 26 magazzini, per un totale di 198. Questi sono i complessi ricettivi della frutta nella Regione Trentino-Alto Adige. Sarebbe utile, molto utile penso, considerare la superficie a coltura specializzata che essi servono, ma i dati qui purtroppo non ho potuto trovarli, almeno per quello che riguarda la provincia di Bolzano. E mi spiace, on. Presidente, di dover confermare una volta ancora che quando ciascuno di noi interviene in un problema che riguarda il complesso della Regione, e sempre noi dovremmo avere di mira il complesso della Regione, mai la singola provincia, quando ci troviamo nella necessità ed esigenza di dover esplicitare questa nostra funzione per ciò che riguarda l'accezione dei dati statistici della provincia di Bolzano, devo lamentare di trovarmi di fronte a un muro di gomma, a un muro del pianto, a una cortina di ferro, e ben pochi sono i dati che si riesce ad avere, e quando

li abbiamo avuti questo lo dobbiamo alla cortesia dell'on. Presidente della Giunta che si è premurato di ricercarli e di farceli avere. Sarebbe anche utile, per condurre a fondo questa analisi, conoscere i dati della produzione nelle due province, per ciò che concerne appunto le colture legnose. Comunque con i dati che ho potuto desumere dalla produzione del 1956, ottima produzione, come lei sa, si può dire questo: Provincia di Trento, mele, pere, ciliege, prugne, albicocche e pesche, quintali 1.106.400, che divisi per cento q.li — a tanto ammonta la capacità di un vagone — ci danno la cifra di 11.064 vagoni. Provincia di Bolzano: stessi prodotti che prima ho enunciato e stesso anno, q.li 2.693.600, divisi sempre per 100 quintali, ci danno la cifra di 26.936 vagoni. Ora in nessuna delle due province esisterebbe la possibilità totale di simile immagazzinaggio. È vero però che questa è un'annata eccezionale, comunque resta questa considerazione da fare: nella provincia di Trento e nella provincia di Bolzano non sarebbe esistita la possibilità pratica di immagazzinare tutta questa frutta. Ora vediamo un'altra ripartizione, la capacità in vagoni esistenti nelle singole zone della provincia di Bolzano e della provincia di Trento. In Val Venosta abbiamo visto 26 magazzini capaci di 2.423 vagoni, in Val d'Adige abbiamo visto 90 magazzini capaci di 14.136 vagoni, nella Bassa Atesina 71 magazzini capaci di 7328 vagoni, nell'Oltre Adige 16 magazzini, 813 vagoni; Valle dell'Isarco 7 magazzini, 154 vagoni; totale magazzini 210, capacità di custodia 24.854 vagoni. Nella provincia di Trento: 7 magazzini nell'Arcense, vagoni 273; 8 magazzini nella Valsugana, 385 vagoni; 154 magazzini nella zona di Cles, capacità 4482 vagoni; 3 magazzini nella zona di Rovereto, 24 vagoni; 26 magazzini nella zona di Trento, 2195 vagoni; totale 198 magazzini per 7.359 vagoni. Questo che cosa vuol dire? Vuol dire che Bolzano con 10 magazzini in più di Trento conserva 17.495 vagoni di frutta in più. In particolare nella provincia di Bolzano la produzione maggiore è concentrata nella Val d'Adige, con 14.136 vagoni dei 24.854 che

in provincia di Bolzano si producono. A Trento invece nella zona di Cles 4.482 vagoni sui 7.359 della provincia, 154 magazzini sui 198 esistenti nell'intero territorio. In provincia di Bolzano allora con una produzione di frutta di 17.495 vagoni, superiore a quella di Trento, i 210 magazzini hanno mediamente una capacità di conservazione di 118 vagoni, mentre in provincia di Trento con una produzione di 7.359 vagoni complessivi, 198 magazzini presentano mediamente la capacità di ricezione pari a 37 vagoni. Osservate per le due zone prima citate dell'Adige e di Cles, i dati presentano queste modifiche: capacità media di ricezione per la prima nei 90 magazzini vagoni 157, per la seconda invece vagoni 29 per ognuno dei 154 magazzini. Appare allora chiaro che non solo la proprietà è frazionata in provincia di Trento, e questo vale tutto per un altro discorso, ma sono frazionati anche i magazzini. Ora è utile vedere la ripartizione per categorie. Nella provincia di Bolzano abbiamo un totale di 210 magazzini, 30 di questi appartengono a cooperative, 71 a privati commercianti, 73 a privati commercianti anche produttori, 33 appartengono a singoli agricoltori, 3 sono magazzini di altri enti o di altre aziende. Per la provincia di Trento, mantenendo questa suddivisione, troviamo 68 magazzini alla prima categoria, 20 alla seconda, 13 alla terza, 89 alla quarta, 8 alla quinta. Da ciò si deduce come i magazzini gestiti da cooperative nella provincia di Trento ammontano a 68, mentre in provincia di Bolzano toccano appena i 30. Ma non solo. Anche qui gli agricoltori singoli dotati di un proprio magazzino aziendale, in provincia di Trento registrano una eccedenza di ben 56 magazzini in confronto a Bolzano, se le rispettive cifre ammontano a 89 magazzini contro 33. Su 408 magazzini della Regione quindi la cooperazione è presente con 98 magazzini, mentre i singoli produttori ne annoverano 122, una posizione di privilegio, e ciò è bene, almeno così si dice, posizione di privilegio. Però questa cooperazione, questi magazzini gestiti dalla cooperazione meritano anch'essi alcune considerazioni. Vediamo che in pro-

vincia di Bolzano ci sono 30 magazzini gestiti dalla cooperazione con 2.474 soci, ed una capacità di 8.417 vagoni; in provincia di Trento invece i magazzini della cooperazione sono 68 con 3.324 soci, e 3.031 vagoni di capacità su 68 magazzini. In provincia di Bolzano solo 8.417 vagoni di frutta prodotta, sui 24.854 conservabili e serviti da 30 magazzini su 210 spettano alla cooperazione: mentre in provincia di Trento su 198 magazzini 68 sono di spettanza cooperativistica con una capacità di 3.031 vagoni sui 7.359 considerati. Non vi è dubbio che di diversa consistenza è la cooperazione altoatesina che non quella di Trento, mentre il numero dei soci che a tali cooperative aderiscono, pur presentando una capacità di conservazione superiore di ben 5.386 unità in Bolzano, quasi si equilibra nelle due province, chè 3.031 sono i soci da noi e 2.474 sono in provincia di Bolzano. Ma vediamo il raffronto fra le zone delle due province meglio dotate di organizzazione cooperativistica, quale la differenza. Bolzano, Valle dell'Adige magazzini 14 con una capacità di 5.337 vagoni, il che vuol dire mediamente 381 vagoni per magazzino; a Trento, Valli di Non e di Sole numero 55 magazzini alla cooperazione con una capacità di 2.742 vagoni, il che vuol dire mediamente 50 vagoni per magazzino. Ed il numero dei soci? 1.161 nella Val d'Adige, 1.516 nella zona di Cles. Ancora una volta la polverizzazione degli edifici trova la sua conferma. Ometto le altre considerazioni sulle altre categorie se non altro citando per brevi capi, perchè vediamo che i magazzini gestiti da cooperative in provincia di Trento ammontano a 68, mentre in provincia di Bolzano toccano appena i 30. Quindi in provincia di Trento c'è maggior numero di magazzini aziendali. Però per quel che riguarda la capacità di contenimento della frutta, vediamo che assolutamente in provincia di Trento si è costruito con un limite restrittivo di possibilità di immagazzinaggio, mentre si è allargato nel numero dei magazzini. In Val di Non — e non so in provincia di Bolzano — si è attuata una politica completamente opposta, in quanto i singoli ma-

gazzini sono stati costruiti per poter contenere il maggior numero di quintali di produzione e ridurre i costi per la funzionalità dei singoli complessi. Un'altra considerazione che dobbiamo fare a questo riguardo è il volume degli investimenti che nelle due province si sono avuti per la costruzione dei singoli magazzini. Vediamo che ci sono state 210 contribuzioni, cioè su 210 magazzini in provincia di Bolzano, ci sono stati 41 milioni di contributi dello Stato in conto capitale. In provincia di Trento 2.716.340. Con le leggi 949 e 991, mutui autorizzati in provincia di Bolzano, abbiamo 2.086.471.000, in provincia di Trento solamente 382.049.750. Con la legge regionale n. 11 in conto capitale in provincia di Bolzano abbiamo un volume di interventi per 550.693.101 in prov. di Trento interventi per 266.731.069. Sotto la voce di altri contributi troviamo per Bolzano 180.000.000. Torno a ripetere che il volume dei magazzini in provincia di Bolzano è di 210, in provincia di Trento 198. Quale diversa misura di interventi! Da queste cifre esaminiamo la diversa struttura dell'economia nelle due province e vediamo quanto più solida sia in provincia di Bolzano. Comunque indubbiamente, per quanto è competenza della Regione, si è attuato in maniera massiccia e pesante mentre in provincia di Trento no, sulla legge 991.

Ecco quindi come, affrontando la votazione di questo capitolo, non si possa non rimanere perplessi per un motivo semplicissimo. Già lo scorso anno ero un po' allarmato sulla distribuzione dei fondi concessi per la costruzione dei magazzini e avevo detto che non trovavo una corrispondenza economica e geografica dei fondi e non si trattava di valutazioni delle condizioni meteorologiche, si trattava di vedere gli enti coltivati, quanti erano i vagoni di frutta, quanti magazzini necessari e quale il costo. Già lo scorso anno mi ero permesso di rilevare come in diversi paesi della Val di Non, addirittura 4 magazzini esistessero nello stesso comune e mi ero posta la domanda se ciò corrispondesse ad un legittimo criterio di funzionalità.

PRESIDENTE: È posto ai voti il cap. 105: maggioranza favorevole, 1 astenuto.

Cap. 106. È posto ai voti il cap. 106: unanimità.

Cap. 107. È posto ai voti il cap. 107: unanimità.

Cap. 108.

Si riprende domani alle ore 10.

(Ore 18,30).

